

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Die Staatskostgänger fordern Lohnsätze wie die Arbeitslosenunterstützung

Unsre Schwerindustriellen, Großgrundbesitzer, Bankiers und Artgenossen sind nur noch Kostgänger des Staates. Ohne die Wucherzölle und Subventionen wäre es mit ihrem geschäftlichen Dasein längst vorbei. Sie fristen ihr Leben von den Groschen, die dienstbeflissene Regierungen durch gesetzliche Maßnahmen aus den Taschen der Verbraucher und der Steuerzahler herausquetschen. Müßten die Herren durch ihre eignen geschäftlichen Fähigkeiten leben, sie hätten nicht das Salz zur Suppe. Ihre geschäftliche Unfähigkeit findet ihrsgleichen in ihrer Anmaßung, die Politik des Staates und der Wirtschaft zu bestimmen. Sie halten es für selbstverständlich, immerfort auf Kosten der Allgemeinheit zu leben. Zu diesem Behufe lassen sie keinen Stein ungedreht, keine Regierung unbedroht, kein Manöver unverübt. Leider hat sich noch keine Regierung gefunden, die dieser Dreistigkeit einen Dämpfer aufsetzte.

Wie ungeheuerlich die Dreistigkeit der Schlotbarone, Krautjunker und Börsenjobber ist, offenbart eine kurze Erwägung: diese Herren sind jetzt nur noch Subventionsbeamte, dies in dem Sinne, daß sie ihr Einkommen vom Staate in Gestalt von Subventionen und andern Geschenken erhalten. Von den Staatsbeamten wird ein bestimmtes Maß von nützlicher Arbeit für die Allgemeinheit erwartet, dies auch von den Subventionsbeamten zu verlangen, ist noch keiner Regierung eingefallen. Den Staatsbeamten wird das Gehalt wegen der Finanznot gekürzt, den Subventionsbeamten dagegen wird eine Liebesgabe nach der andern hingeschmissen, so daß sie das Mehrfache des Gehalts der höchsten Reichsbeamten beziehen. Es wird allerhöchste Zeit, daß dieser Unfug abgestellt wird. Die Subventionsbeamten müssen in Sachen des Gehalts mit den ordentlichen Staatsbeamten gleichgestellt werden. Bei der Einordnung in die Gehaltsstufen muß die Qualifikation der Subventionsbeamten ausschlaggebend sein. Es wird da viel gespart werden.

Die bevorzugtesten Subventionsbeamten sind die Eisenbarone. Um diesen unbestreitbaren Tatbestand zu verwischen, müssen sie den dicksten Nebel machen. Sie schreien daher am lautesten, die Löhne seien zu hoch, die Almosen der proletarischen Wohlfahrtsunterstützten seien untragbar, die starre Lohnpolitik sei vom Übel. So haben sie immer geschrien, so schreien sie besonders heute, obwohl nachgerade jedes Kind weiß, daß dies alles ordinärer Humbug ist. Die Staatskostgänger können jedoch nicht anders. Sie wollen leben, fett leben. Das können sie nur auf Kosten der Steuerzahler und der Arbeiter. Das sollte auch nicht beim Lesen des Jahresberichts außer acht gelassen werden, den die Unternehmerschaft von Nordwest, also die Eisenbarone, jetzt veröffentlichten.

„Die staatliche Lohnpolitik“, heißt es in dem Bericht, „blieb eine kurzsichtige, engherzige, ihren angeblichen Zweck (Erhaltung der Kaufkraft) gründlich verfehlende Konsumentenpolitik. Eine Lohnpolitik, die in der Weise vom Staate unmittelbar selbst gemacht wird, daß der Staat über Schlichtungs- und Notverordnungspraxis die Löhne selbst festsetzt, kann nur kurzsichtige Konsumentenpolitik und keine weitsehende Wirtschaftspolitik sein.“ Des ferneren wird ausgeführt, daß durch den Gedanken des Tarifvertrages der Wirtschaftlichkeit der Gewerbe wie der Betriebswirtschaftlichkeit in Form individueller Lohngestaltung nicht genügend Rechnung getragen sei. „Jeder Lohnabbau“ (wir zitieren nach der Bergwerks-Zeitung) „kam der Zeit nach zu spät und war der Methode nach zu schematisch und daher ungeeignet, als Anreiz zu neuer Wirtschaftstätigkeit zu dienen.“ Dann wird berechnet, daß die Löhne in der Eisenindustrie jetzt 77,6 Pf. je Stunde im Durchschnitt betragen gegen 53,5 Pf. vor dem Kriege. Das wäre eine untragbare Überhöhung. Die Dinge seien nun an einen Punkt gelangt, wo nur eine grundlegende Reform helfen könne. „Eine Reform des Staates und seines Verhältnisses zur Wirtschaft, Ablösung der unmittelbaren Staatswirtschaft durch wirtschaftliche Selbstverwaltung und als erste Tat dieser Umstellung eine vollkommen neu orientierte Tarifpolitik und Arbeitslosenfürsorge... Das ist möglich durch Zulassung freierer Lohnfindung im Wege eines Spielraumes innerhalb der laufenden Tarifverträge. Der Staat könnte und sollte sagen: die Lohnsätze der laufenden Tarifverträge dürfen durch Einzelarbeitsverträge, also durch Verträge zwischen Betriebsführer und Belegschaft, um einen bestimmten Hundertsatz unterschritten werden. Dieser Hundertsatz müßte natürlich erheblich sein, denn immer wieder muß im Auge behalten werden, daß bei dem heutigen eingeschränkten Umfang der Wirtschaft, bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit, die Unterstützungsbezüge der Arbeitslosigkeit praktisch ohnehin das Schicksal bezeichnen, von dem der größte Teil der Arbeiterschaft durch Kurzarbeit nicht mehr weit entfernt ist, und das schließlich noch einem größeren Teil der Gesamtarbeiterschaft droht, wenn nicht neue Wirtschaftstätigkeit hervorgerufen wird.“

Darüber hinaus verlangen aber die Eisenherren eine Neugestaltung der Sozialpolitik im großen. Sie verlangen ein staatliches Aufsichtsrecht bei den Tarifverträgen, eine Umwandlung der Gewerkschaften zu berufständigen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufständischer Gemeinschaftsarbeit usw.

Das ist zwar, wie man zugeben wird, allerhand, im Grunde jedoch nichts Neues. Diese Forderungen stehen von jeher im Wunschzettel der Eisenbarone. Sie wollten

immer den Arbeiterlohn auf Kulittiefe; immer wollten sie die Gewerkschaften unter die Botmäßigkeit des Staates bringen, sofern dieser ihr Staat war; immer verfluchten sie den Kollektivvertrag und wollten den Lohn mit jedem Arbeiter einzeln ausmachen, weil dann der Arbeiter ihnen ganz ausgeliefert ist. Die Eisenherren käuen also einmal mehr wieder, was sie seit Jahrzehnten käuen. Wenn sie es gerade jetzt tun, so erstens, weil eine Regierung der Barone am Ruder ist und die Nazis vor den Ministersesseln stehen, so zweitens, weil die ausgesprochenen Bankrotteure der deutschen Wirtschaft befürchten müssen, in ihrer eignen Schmiere zu ersticken. Es hat die millionenschweren Staatskostgänger nie gekümmert, ob ein Familienvater mit 30 bis 40 M im

Monat auskommen kann, und das kümmert sie besonders heute nicht. Ihre einzige Sorge ist, den Verbrauchern, Steuerzahlern und Arbeitern auch weiterhin den Tribut zur Erhaltung ihres Parasitendaseins abzuknöpfen. Die Eisenbarone erklären, daß, wenn ihre Forderungen erfüllt würden, es mit der Wirtschaft wieder bergauf ginge. Das haben sie bei jedem Lohnraub, bei jeder Kürzung der Sozialunterstützung erklärt. Eingetroffen ist nichts als das Gegenteil — nur die Staatskostgänger leben ganz leidlich. Wenn ihnen jetzt wieder willfahren wird, so ist alles gegen nichts zu wetten, daß der wirtschaftliche Dalles noch ärger wird.

Wenn sich die Schwerindustriellen die Wirtschaft oder gar das Vaterland retten wollen, dann heißt es aufpassen, daß dabei Wirtschaft oder Vaterland nicht vor die Hunde gehen. Die Pflicht zum Aufpassen liegt vor allem der Arbeiterschaft ob. Denn was immer die Schwerindustriellen retten zu wollen vorgeben, es geht da immer um den Lohn und die Freiheit der Arbeiterklasse. Denn von dieser leben sie ja.

Die Arbeitsmarktlage Anfang August

Die zweite Hälfte des Monats Juli hat eine Abnahme der Arbeitslosen gebracht. Am 1. August 1932 waren in Deutschland bei den Arbeitsämtern 5 393 000 Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem Bestand vom 15. Juli ergibt sich eine Abnahme von rund 100 000. Trotz dieser erfreulichen Tatsache scheint uns doch kein Anlaß zum Frohlocken zu sein. Die Arbeitslosigkeit ist wesentlich größer, als sie die Arbeitslosenziffer erkennen läßt. Da ein großer Teil der Arbeitslosen keine Unterstützung bekommt und die Arbeitsämter nicht in der Lage sind, ihnen Arbeit zu vermitteln, verspüren sie auch nicht die Lust, den täglichen Weg zu den Arbeitsämtern anzutreten. Eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um 100 000 im Zeitraum eines halben Monats könnte beachtlich erscheinen, wenn diese Einschränkungen nicht gemacht werden müßten. Es ist und bleibt aber eine Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland über die mitgeteilten Arbeitslosenziffern hinausgeht.

Der Zahlungsverkehr von 10,3 auf 5 Milliarden M. Die von den Kreditbanken erteilten Kredite betrugen Juni 1932 9,2 Milliarden M, gegen 11,6 Milliarden im Vorjahr, trotzdem umfangreiche Kredite eingefroren sind. Die Sparkasseneinlagen gingen von 11 Milliarden auf 9,9 Milliarden M zurück. Der Aktienindex der FZ sank von 75,9 auf 49,7, der Index für festverzinsliche Papiere von 82 auf 46. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich von weniger als 4 auf beinahe 5,5 Millionen.

Die Wirtschaftsschrumpfung in Zahlen

Ein zahlenmäßiger Vergleich wichtiger Wirtschaftsdaten (zusammengestellt in der Frankfurter Zeitung, Nr. 565/567), die sich auf den Stand vom Juni 1931 und Juni 1932 beziehen, zeigt die seitdem erfolgte Wirtschaftsschrumpfung in ihrer ganzen gewaltigen Größe. Die Ergebnisse des Vergleichs sind so erdrückender, daß das deutsche Wirtschaftsleben bereits im Juni 1931 einen bisher kaum dagewesenen Tiefstand erreichte.

Betrug die Steinkohlenförderung Juni 1931 9,5 Millionen Tonnen, so sank sie Juni 1932 auf 8,3 Millionen Tonnen. Dabei blieb die Höhe der unverkauften Haldenbestände unverändert. Die Roheisenerzeugung sank von 575 000 auf 381 000, die Rohstahlerzeugung von 729 000 auf 506 000 Tonnen. Auch in diesem Umfang konnte die Eisenerzeugung nur dank der (vorübergehenden) Russenaufträge aufrechterhalten werden. Die Bauvollendungen in 96 Städten sanken von 12 739 auf 3942. Die Einfuhr schrumpfte von 607 auf 364 Millionen, die Ausfuhr von 747 auf 454 Millionen, der Ausfuhrüberschuß von 140 auf 90 Millionen M zusammen. Die Einnahmen der Reichsbahn sanken von 343 auf 243 Millionen.

Für den gewaltigen Rückgang der Umsätze, vor allem im Kapitalverkehr, zeugt der Umsatzrückgang im Abrech-

Sozialdemokratischer Vorstoß

Wie der Sozialdemokratische Pressedienst mitteilt, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen und Anträgen politischen und wirtschaftspolitischen Inhalts dem neuen Reichstag unterbreiten.

Gefordert werden soll die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932, das heißt die Wiederkehr der früheren Arbeitslosenunterstützungs- und Rentensätze, die Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und die Wiedereinführung der Freigrenze für die Umsatzsteuer.

Ein anderer Antrag fordert die Sozialisierung der Schlüsselindustrien Bergbau, Eisenindustrie, Großchemie usw., sowie Verstaatlichung der Banken; ferner wird die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Verwendung des so freiwerdenden Landes für Siedlungszwecke beantragt.

In einer dritten Gruppe von Anträgen wird ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung von Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillliegenden Fabriken, alles finanziert durch eine Prämien- und eventuell eine Zwangsanleihe in der Gesamthöhe von 500 Millionen Mark, vorsieht. Außerdem wird die Einführung der 40-Stunden-Woche verlangt. Zur Finanzierung des Mehrbedarfs der öffentlichen Körperschaften, der sich aus diesen Forderungen ergibt, beantragt die Fraktion der SPD eine Reihe von Steuermaßnahmen, wie Erhebung von Notsteuern von hohen Einkommen und Vermögen, Luxussteuern, Schaffung staatlicher Monopole für Raucherartikel und Erdöl, Kürzung hoher Gehälter und Pensionen und Streichung der Fürstenabfindungen.

Die Junker und ihr Gefreiter

F.K. Im Heerbann der Hakenkreuzler soll diese Stimmung herrschen. Man kann das getrost glauben. Seit Jahren ist ihm in allen Tonarten versichert worden, der Nationalsozialismus stehe direkt vor der Machtergreifung. Und so hat er lange gestanden. Mit der Reichstagswahl aber sei es, so meinte man im ganzen Reigen der Kreuzhaker, mit diesem Stehen ganz bestimmt zu Ende. Sie hatten doch nun abermals einen mächtigen Stimmenzuwachs, so daß die Macht im Staate nicht mehr verweigert werden könne. Und um die Herren, die darüber vor der Hand mitzubestimmen haben, nachgiebigen Gemüts zu machen, wurden im ganzen Reiche Überfälle, Morde und gleich blutiger Unfug verübt. Auch Zusammenzög oder Putschbereitschaft der SA-Truppe wurde bekanntgemacht. Auf diese Weise glaubten die Hakenkreuzler jedes etwaige Hindernis für die Machtergreifung beschworen zu haben.

Es ist anders gekommen. Der Oberosaf ist beim Reichskanzler und dann beim Reichspräsidenten gewesen. Die Zusammenkunft muß recht frostig verlaufen sein. Wenn man den Verlautbarungen glauben darf, hat der Oberosaf die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange gefordert, oder die „Stellung, die Mussolini nach dem Marsch auf Rom“ gehabt hat, beansprucht. Dem hat der Reichspräsident nicht willfahren zu können geglaubt, worauf sich der Oberosaf fortwärts bewegt hat. Mit den so heiß ersehnten Druckpösten für die obere und untere Hakenkreuzler ist es wieder nichts. Die einen müssen weiter hoffen, die andern weiter extorieren. Ob diese auf die Dauer langweilige Spielerei mit einträglicherer Kurzweil jemals vertauscht werden kann, weiß selbst der Oberosaf nicht.

Aus Hitlers Verlangen nach der „gesamten Staatsgewalt in vollem Umfange“ spricht eine arge Mißkenntnis der Rolle, die die deutsche Oberschicht, seine Geldgeber, ihm zugeachtet haben. Nur ein Kindschopf kann annehmen, daß die preußischen Junker einem „böhmischen Gefreiten“ die Staatsgewalt ausliefern. Nein, daran denken diese bestbewußten Reaktionsäre sicher nicht. Sie standen immer den Rücken der Zukunft und die Fassade ihrem Misthaufen zugewandt. Um in dieser Stellung fürderhin verharren zu können, haben sie den Natio-

nalsozialismus besodet und gepöppelt, und sie hätten den „aufbauwilligen Kräften“ schließlich auch ein paar Ministersessel gewährt, ihnen aber die ganze Staatsmacht zu überantworten — nein, das kann, wie gesagt, nur ein Kindschopf erwarten.

Die Kraut- und Schlotjunker haben sicherlich das Pulver nicht erfunden, aber soviel wissen sie, wie es um ihre wirtschaftliche Grundlage steht. Um sich diese zu erhalten, wollen sie die Herrschaft im Staate. Da sie nun aber für deren Erlangung oder Erhaltung nichts weiter mitbringen, als eine muffige Überlebtheit, brauchen sie Leute, die ihnen das Manko ausfüllen. Dazu haben sie die Nazis ausersuchen. Wenn aus dieser Gnade die Nazis eine völlige Gleichberechtigung oder gar eine Mehrberechtigung in Sachen der Staatsmacht ableiten, so müssen das die Junker als eine Anmaßung betrachten. Es widersteht ihnen, einen „böhmischen Gefreiten“ als ebenbürtig anzusehen. Wozu noch ein andrer Umstand, ein nicht viel milderer kommt.

Die nationalsozialistische Bewegung ist ein kunterbunter Interessentenhaufen. Jeder dieser Haufen erwartet von der Machtergreifung der Nazis die Erfüllung seiner Hoffnungen. Daß davon keine Rede sein kann, liegt auf der Hand. Millionen Angestellte, Bauern, Beamte und Arbeiter haben fürs Hakenkreuz gestimmt, weil sie von den alten kapitalistischen Parteien angeekelt und abgestoßen worden sind. Sie haben

Aus dem Inhalt

	Seite
Die Staatskostgänger fordern — Die Arbeitsmarktlage	
Anfang August — Die Junker und ihr Gefreiter	205
Vor schweren Kämpfen	206
Stahlbad Anno 17 — Wie halte ich durch	207
Was geht im Freiwilligen Arbeitsdienst vor — Ergebnisse auf dem Arbeitsamt — So leben wir	208
Revolutionäre Situation in Amerika	209
An die Gewerkschaftsmitglieder — Um die Arbeitslosenunterstützung — Nochmals Hilfsbedürftigkeitsprüfung	210

Vor schweren Kämpfen

Von Franz Metz

Das Jahr 1932 wird mit Recht als ein Jahr wichtiger Entscheidungen bezeichnet. Schwere Kämpfe liegen hinter uns, noch schwerere stehen bevor. Von dem Ausgang dieser Entscheidungsschlachten, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht lediglich mit dem Stimmzettel ausgefochten werden, hängt unser Los im allgemeinen, besonders aber das Schicksal der Millionenheere ab, die seit Jahr und Tag einen verzweifelten Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Existenz führen.

Der Kampfboden ist heute schwieriger denn je. Ein Massenelend, hervorgerufen durch jahrelange Arbeitslosigkeit, hat vielfach den Glauben zerstört, daß es überhaupt jemals wieder ein Aufwärts für die schaffenden Schichten geben werde. Sich einer solchen Auffassung restlos hinzugeben, wäre töricht und sinnlos zugleich. Deutschlands Arbeiterschaft kann und darf trotz allem, was in dieser schweren Zeit auf ihr lastet, unter keinen Umständen einer Verzweiflungsstimmung anheimfallen. Lehrt uns doch die Geschichte, daß Hoffnungslosigkeit und Schwenden des Glaubens an die eigenen Kräfte einer Klasse gleichbedeutend sind mit Selbstauflösung. Gleichbedeutend aber auch mit der endgültigen Zertrümmerung alles dessen, was durch schwere Kämpfe an Werten in sozialer und kultureller Beziehung geschaffen wurde.

Gerade jetzt, in der Zeit tiefster Wirtschaftsnot, wird die organisierte Arbeiterklasse den Beweis erbringen müssen, ob sie die Kräfte besitzt, die schwerste Belastungsprobe zu ertragen, die je einem Volke zugemutet wurde.

Die Reaktion in Politik und Wirtschaft wittert Morgenluft. Sie hält die Zeit für gekommen zum entscheidenden Schlage. Bei der Erreichung ihrer Ziele stolpert sie nicht über Zwirnsfäden. Sie erstrebt die Rechtsförmung der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiete, und in der Politik sehnt sie die seeligen Zeiten herbei, wo die Heydebrand, Kröcher, Pappenheim, Malkewitz und Itzenblitz ausschließlich das Feld beherrschten. Die Wünsche aller Scharfmacher werden mit verdächtigem Eifer erfüllt, die Interessen der Besitzenden geschont, gegenüber den Ärmsten aber ist Rücksichtslosigkeit Trumpf. Jetzt oder nie! — jubeln die Arbeiterfeinde im stillen — muß uns der große Wurf gelingen und die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen zur Tatsache werden.

Gemach, ihr Herren! Noch ist es nicht so weit und es wird nicht dahin kommen. Seid ihr nicht gewillt, die gewaltigen Kräfte, die im Volke schlummern, in freierlichem und fortschrittlichem Sinne zum Wohle der Allgemeinheit entwickeln zu lassen, dann gehen die Ereignisse rücksichtslos über euch hinweg. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß der Kampf für die Arbeiterklasse zur Zeit hart und schwierig ist. Wissen wir doch, daß in den wichtigsten Fragen der Lohn- und Arbeitspolitik, des Tarif- und Arbeitsrechtes, in der Sozialpolitik und nicht zuletzt in den zur Zeit bedeutendsten Problemen — dem Umbau der Wirtschaft und der Arbeitsbeschaffung — keine Instanz ohne die Mitwirkung der organisierten und geschulten Arbeiterklasse bestehen kann. Ebenso wenig wird in Deutschland Raum sein für reaktionär-diktatorische

Maßnahmen auf allen Gebieten, die unsere Interessen beanspruchen. Zu dieser Einsicht wird man in den fraglichen Kreisen wahrscheinlich früher kommen, als angenehm ist. Das Ergebnis der letzten Reichstagswahl spricht hier eine eindeutige, nicht mißzuverstehende Sprache. Wehe denen, die sie nicht zu deuten verstehen.

Deutschland wird einen gerechten und sozialen Kurs steuern müssen, wenn es das Vertrauen der Millionen Enttäuschten stärken und einen Ausweg aus den Niederungen des Elends finden will. Schlägt es andere Wege ein und betreibt es eine Gewaltpolitik, dann müssen sich Kämpfe von unübersehbaren Folgen, die auch vor dem Letzten nicht zurückschrecken, ganz zwangsläufig einstellen. Not, Unterdrückung, Hunger und Massenelend vertragen nicht ein nur abwägend, diplomatisches Spiel. Die rauhe Wirklichkeit spricht eine harte Sprache. Der Winter wird rascher kommen, als uns angenehm ist. Die viel geschmähten Gewerkschaften haben Hunderte von Millionen Mark zur Linderung der Not gesteuert und keine Mühe gescheut, um Staat und Gesellschaft zu drängen, ihre Pläne für Arbeitsbeschaffung beschleunigt zur Durchführung zu bringen. Bis heute ist so gut wie nichts geschehen. Wir verlangen, daß endlich im Sinne der Beschlüsse des Krisenkongresses der freien Gewerkschaften gehandelt wird, weil wir der Auffassung sind, daß eine Regierung die Pflicht hat, gerade auf diesem Gebiete mindestens so schnell und durchgreifend zu handeln, als wenn es sich darum dreht, den „aufbauwilligen Kräften“ alle möglichen Konzessionen zu machen. Die Arbeiterklasse hat indessen die Pflicht, mehr denn je auf dem Posten zu sein.

Die Maß- und Ziellosigkeit, mit der die Gegner auch in kommenden Tagen sich anschicken werden, ihre dunklen Pläne durchzusetzen, würde kaum den jetzigen Umfang annehmen, wenn die Arbeiterklasse einig und in sich geschlossen dastünde. Ein heiliger Drang hierzu durchglüht uns alle. Es ist jedoch die Schuld der kommunistischen Spalter, daß dieser Drang bisher unerfüllt geblieben ist. Mit Vernunftsgründen ist hier offenbar nichts auszurichten. Im letzten Wahlkampf betrachteten wir es als selbstverständlich, unsere ganze Stoßkraft den Gegnern von Rechts spüren zu lassen. Die KPD wurde fast nicht erwähnt. Wir sahen den Hauptfeind im Faschismus. Diese für uns ganz selbstverständliche Einstellung hatte zur Folge, daß die Presse der KPD nach den Wahlen ihre gemeinen Beschimpfungen und Verleumdungen uns gegenüber im gesteigerten Maße fortsetzte. Gegen die SPD und ihre Funktionäre wird eine solche ordinäre Sprache geführt, daß Überwindung dazu gehört, die Ergüsse dieser „proletarischen Bildungsorgane“ zu genießen. Nach wie vor werden die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften als der Hauptfeind der Arbeiterklasse bezeichnet. Daher der Name Einheitsfront!

Gegen diese Doppelzüngigkeit und bewußte Unehrlichkeit haben wir auch in den kommenden Tagen den schärfsten Aufklärungskampf zu führen und höchste Aktivität gegenüber allen Feinden der Arbeiterklasse zu entfalten. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft diese Aufgabe lösen wird.

den Glauben an die jetzige Gesellschaftsordnung mit dem Glauben ans Dritte Reich vertauscht. Dieser Glaube läßt die so widerstrebenden Haufen bisher zusammen. Wenn nun aber sich auch dieser Glaube als Aberglaube erweist! Nun, dann werden die enttäuschten Millionen nach links abschwanken. Ein Teil dieser Scharen ist im Schreien, Krachmachen und Schießen wohlgeübt. Was könnte daraus für die kapitalistische Gesellschaft entstehen? Um sich solch brenzligen Gefährten auszusetzen, hat man doch nicht den Nationalsozialismus mit schwerem Gelde gefüttert. Das ahnt schließlich auch ein Gelehrter, darum fordert er die gesamte Staatsmacht, um die rebellierenden Epttäuschten bei dem bombensicheren Mißerfolg niederhalten zu können. Das weiß noch besser die Junkerschaft, darum verweigert sie ihrem Gefreiten die Staatsmacht, um selbst allen Möglichkeiten begegnen zu können.

Nun gibt es Arbeiter, die es lieber gesehen hätten, wenn der Oberosaf Reichskanzler geworden wäre, um seine Staatskunst endlich zu zeigen. Sie meinen, daß dadurch der nationalistische Spuk am ehesten hätte zerstäubt werden können. Andre Arbeiter mögen gegenteiliger Ansicht sein. Wie dem auch sei, am besten wird es sein, nie aus dem Auge zu verlieren, daß es mit oder ohne Hitler um ihre Haut, um die Haut der Arbeiterschaft, geht.

Die nationalsozialistischen Hauptlinge wie die kapitalistische Oberschicht wollen die Arbeiterschaft scheren. Denn von deren Arbeit leben beide. Wenn zwischen den beiden je eine Meinungsverschiedenheit bestehen sollte, dann nur die, daß die Nazis die Arbeiter vom Kopfe her, die Junker sie vom Magen her scheren wollen. Jedenfalls aber wollen beide das Proletariat zu Nutz und Frommen der Kapitalistenklasse ausbeuten, schinden und unterdrücken. Zu diesem Zwecke erstrebt die Regierung der Barone „Reform“ des Wahlrechts, eine Erste Kammer und Verminderung der politischen Rechte. Zu diesem Zwecke erstrebt das Unternehmertum Beseitigung des Tarifrechts, Senkung der Löhne bis auf die Arbeitslosensätze, Herabwürdigung der Gewerkschaften zu Hilfstruppen des Ausbeutertums. Zu diesem Zwecke erstreben Nazis und Junker gleichermaßen die Diktatur.

An ihrem lieblichen Plane wird die Junkerschaft mit oder ohne offene Hilfe ihres Gefreiten weiter schaffen. Die Meinung, daß sich beide nun entzweit hätten, ist sicherlich irrig. Er wird ihr auch fernerhin Dienst tun, freilich nicht als Oberbefehlshaber, sondern in einem Range, den ihm seine hohe Gönnerschaft zuerteilt hat. Er dürfte das auch einschätzen. Es geht um Erhaltung des totkranken Kapitalismus. Das ist im Grunde der Sinn der politischen Streite. Daran mitzuwirken, wird dem Oberosaf natürlich gerne gestattet, aber unter der Obhut seiner Gönner- und Geldgeberschaft.

Die Weltproduktion um 40 vH gesunken

Die industrielle Weltproduktion zeigt noch keine Anzeichen zur Besserung. Im Juni 1932 war die monatliche Indexziffer nach dem Institut für Konjunkturforschung (1928=100) auf 67 gesunken. Gegenwärtig werden etwa 10 vH weniger Industriewaren erzeugt als 1913. Die Weltbevölkerung ist seit 1913 um etwa 12 vH gewachsen. Somit ergibt sich je Kopf gerechnet eine Produktionskrumpfung um etwa ein Fünftel.

Seit ihrem Höchststand Mitte 1929 ist die industrielle Weltproduktion um rund 40 vH gesunken. Dieser Ausfall entspricht in seiner Größe etwa der industriellen Produktion der Vereinigten Staaten von Amerika im Hochkonjunkturjahr 1928. Allein seit der Kreditkrise, Mitte 1931, hat sich die industrielle Weltproduktion um 20 vH vermindert; das ist etwa ebensoviel, wie Deutschland und Frankreich im Jahre 1928 an Industriewaren erzeugt haben.

Der Rückgang der industriellen Produktion ist nicht gleichmäßig. Einzelne Industriezweige kamen fast vollständig zum Erliegen, während andere nur einen verhältnismäßig geringen Rückgang hatten. Anfang 1932 war die Weltproduktion wichtiger Industrien zurückgegangen (1928=100) im Schiffbau auf 12, in der Kraftwagenfabrikation auf 28, im Maschinenbau auf 45, in der Steinkohlenförderung auf 68, in der Rohstahl- und Roheisenerzeugung auf 57, in der Papiererzeugung auf 88, in der Textilproduktion auf 83 und in der Erdölgewinnung auf 96. Die Größenverhältnisse des Produktionsrückganges waren mithin nicht nur verschieden bei den einzelnen Ländern, sondern auch in den verschiedenen Branchen.

Ländermäßig ist die Produktion Mitte 1932 (1928=100) am stärksten zurückgegangen in Deutschland, Österreich und den Vereinigten Staaten ebenfalls auf 54, Polen auf 55, Belgien auf 70, Frankreich auf 73, Großbritannien auf 81 und Schweden auf 88. Über 1928 stehen Japan mit 107 und Sowjetrußland mit 206. Der durchschnittliche Rückgang der Weltproduktion beträgt 67. Der Verlauf der Entwicklung seit 1913 ist aufschlußreich. Die Weltproduktion stand Mitte 1932 (1913=100) auf 91, die industrielle Produktion in Deutschland auf 62, in Belgien auf 87, in Frankreich auf 93, in Großbritannien auf 75, in Österreich auf 63, in Polen auf 49, in Schweden auf 135, in Rußland auf 302, in den Vereinigten Staaten auf 84 und in Japan auf 239.

Über der Vorkriegszeit steht die Produktion in Rußland, Japan, Schweden und Kanada.

Hugenberg und das heilige Privateigentum

Der Marxstörer Hugenberg ist der Vertreter der Großschuldner: des Großgrundbesitzes und des Großkapitals. Es ist deshalb selbstverständlich, daß seine Sorge den Schuldnern gilt, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. In der Tat ist die Lage der Schuldner in der Krise eine sehr schwierige. Um sie zu erleichtern, hatte bereits Brüning eine in ihrer Wirkung sehr bedenkliche Schuldenabwertung auf Kosten der inländischen Gläubiger durchgeführt. Weitere Maßnahmen sind noch erforderlich: die Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige und, wenn unser Ausfuhrüberschuß weiter zurückgeht, der zeitweilige Aufschub der Übertragung der fälligen Schulden an die Auslandsgläubiger.

Dieser Aufschub kann nur vermieden werden, entweder wenn das Ausland mehr deutsche Waren kauft, oder aber dann, wenn die ausländischen Gläubiger bereit sind, ihre Forderungen freiwillig zu ermäßigen. Die Gläubiger müssen mit dieser Ermäßigung einverstanden sein, damit die Zahlungsfähigkeit ihrer Schuldner nicht verschwindet, und damit sie überhaupt Zahlungen in ausländischer Währung erhalten.

Was will aber der Deutsche Hugenberg? Um die Schuldner weiter zu entlasten, fordert er gesetzliche Maßnahmen zur Abwertung der Schulden auf Kosten sowohl der inländischen wie der ausländischen Gläubiger. Die Heiligkeit des Privateigentums macht ihn, dem Beschützer der heiligen Besitztümer, allerdings Sorgen. Mit einem durchsichtigen Trick will sich Hugenberg an der Affäre ziehen. Die Gläubiger sollen die von ihnen gehaltenen Kapitalien voll zurückzahlen — so lautet sein Plan —, jedoch müssen die Zinsen auf mindestens 2 vH herabgesetzt, darüber hinaus das gleiche Kapital als unzulässig erklärt und jährlich um etwa 3 vH (9) im Wege der Kapitalabschreibung gelöst werden. Meint Herr Hugenberg, daß es jemand gibt, der diesen Plan nicht als eine Enteignung der Gläubiger ansieht? Niemand wird darüber getäuscht werden können, daß hier die Forderungen der Gläubiger in Wirklichkeit um etwa zwei Drittel gekürzt werden sollen, d. h. eine Enteignung in aller Form. Hugenberg gebietet sich wie manche Kräder, die beim Versteckspiel ihre Augen schließen und dabei denken, daß die anderen sie nicht sehen.

Was müssen aber wir Sozialisten zu den Enteignungsplänen Hugenbergs sagen? Bei oberflächlicher Beurteilung könnten wir ruhig zu der Enteignung ja und amen sagen. Ein solches Urteil wäre jedoch nicht am Platze. Die Enteignung, die Hugen-

berg, der Apostel des Privateigentums, anstrebt, ist eine Enteignung zugunsten einzelner Schuldner, vornehmlich zugunsten seiner Parteifreunde. Die Enteignung, die wir wollen, ist eine Enteignung zugunsten der Allgemeinheit. Die Zustimmung zur Hugenbergschen Enteignung würde aus dem Sozialismus keinen Schritt näherbringen. Unsere höchste Sorge muß jedoch der Unterbringung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß gelten. Dieses Ziel wird durch Hugenberg — und wir wissen, wie nahe er der Regierung Papen steht — aufs stärkste gefährdet. Herr Hugenberg vertritt über seine Klasseninteressen die Funktion des Kredits oder die Funktion des Zinses in einer kapitalistischen Wirtschaft für die Kapitalbildung und die Kapitalzufuhr aus dem Ausland. Kann eine sozialistische Wirtschaft den Zins entbehren (richtiger: diesen nur als eine reine Rechengröße zur Beurteilung der Produktivität anwenden), so kann eine kapitalistische Wirtschaft auf den Zins nicht verzichten. Werden die Gläubiger verewaltigt, ohne daß die Wirtschaft sozialisiert wird, so wird allein die verschlechterte Kapitalversorgung der Wirtschaft die Folge sein. Von Auslandskrediten bleiben wir dann überhaupt abgesperrt, die inländischen Kapitalbesitzer werden aber zur Horchung der Banknoten und zu anderen unerwünschten Methoden Zuzucht nehmen. Man kann eben Belzeub nicht mit dem Samen austreiben.



Was kostet die Wirtschaftskrise?

In den internationalen Konferenzen wird um die Milliarden oder Millionen Mark oder Dollar gefeilscht, die als Reparations- oder Kriegsschuldzahlungen oder als Zinszahlung für Auslandsschulden jährlich gezahlt werden sollen, und es wird darüber nur allzu leicht vergessen, daß die Wirtschaftskrise einem jeden Land das Vielfache der Summen kostet, um die es sich bei diesen Streitfragen handelt. Um nur die drei größten Industrieländer zu erwähnen, ging das jährliche Volkseinkommen Englands 1931 gegenüber 1929 um 800 Millionen Pfund Sterling (16 Milliarden M), das Volkseinkommen der Vereinigten Staaten um mehr als 20 Milliarden Dollar (84 Milliarden M), das Volkseinkommen Deutschlands um 30 bis 35 Milliarden M zurück. Die Erleichterung der Weltwirtschaftskrise durch die Lösung jener schwebenden Probleme würde das Vielfache der Summen, um die auf den internationalen Konferenzen gekämpft wird, einem jeden der beteiligten Länder — gleicherweise den Gläubiger- wie den Schuldnerländern — einbringen.

Wie die RGO kämpft

Im Betrieb der Autoreparaturwerkstatt Paul Staiger in Stuttgart hat die RGO in den letzten Jahren die Oberhand erlangt. Ihr Hauptaugenmerk war nun darauf gerichtet, die gewerkschaftliche Organisation des Betriebes zu zertrümmern. Die „Revolutionäre“ brachten es auch bald so weit, daß von den 70 Beschäftigten noch ganze 4 organisiert waren. In Kenntnis dieser Sachlage hat der Unternehmer nun vor einigen Wochen das bestehende Vertragsverhältnis gekündigt und einen Lohnabbau gefordert. Der Schlichtungsausschuß setzte einen Abzug von 7 Pf. die Stunde fest. Eine Betriebsversammlung unter Führung der RGO lehnte den Spruch ab und beschloß die sofortige Arbeitsniederlegung. Mit großem Tamtam wurde die Sache in der Öffentlichkeit bekanntgemacht. Keinen Pfennig Lohnabbau war die Parole. Nach acht Tagen brach der „revolutionäre“ Kampf zusammen. Von den 70 Beteiligten nahmen 30 die Arbeit ohne jede Vereinbarung, auch ohne daß vorher irgendwie mit der Firma Verhandlungen stattgefunden hatten, auf. Der Rest sitzt draußen und kann darüber nachdenken, was es heißt, ohne Anspruch auf Unterstützung und unter den so glorreichen Fahnen der RGO zu streiken.

20000 Heilrezepte

Es ist erstaunlich, wie groß die Zahl der Menschen ist, die sich bemüht, Pläne auszubecken, damit der Wirtschaft geholfen werden kann. Die Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“ schätzte kürzlich die Zahl der Projekte, die zur Bekämpfung der Krise durch eine Änderung der Währungspolitik gemacht wurden, auf 20000. Daß sich darunter geradezu verrückte Vorschläge befinden, versteht sich von selbst. Der allergrößte Teil dieser Projekte stammt von Leuten, die weder von der Wirtschaft noch von ihren Begleiterscheinungen etwas verstehen. Auch die Projektmacherei ist ein Zeichen der Zeit. Laufen die Räder der Wirtschaft wieder und hat jeder sein Auskommen, dann denkt niemand mehr daran, Projekte zu machen.

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Meine Tränen fallen auf das Papier, — ich denke an deine Mutter, Kamerad, — sie hat mich nicht erkannt, als sie unsere Front abschnitt, ich konnte nicht zu ihr gehen und sie in die Arme nehmen und fortführen von der Front der Gewehre und grauen Lumpen, noch bin ich der Rekrut Nummer soundso in der Armee der Könige und Generäle eines „Vaterlandes“, das uns nicht gehört, eines „Vaterlandes“, in dem auch deine Mutter nur eine Gebärmaschine ist, — aber die Zeit wird kommen, Kamerad, wo sich dein Fluch erfüllen wird an diesem „Vaterlande“ und an diesem scheußlichsten aller Kriege! Dann wird deine Mutter zu einer Heiligen werden, dann, wenn wir unser eigenes Vaterland erkämpft haben!

Wenn ich zurückkehre aus all dem Grauen, ich schwöre dir: Dann soll die Welt deinen letzten Brief lesen, damit sie weiß, wie unendlich diese „große Zeit“ ist!
Noch ist dein Opfer umsonst, — der Feldwebel, der mir deine letzten Grüße übergab, hat mich „Dreckhaufen“ und „Schwein“ genannt, er hat dich noch im Tode verhöhnt. Aber wenn mich die Granaten verschonen, wenn sie barmherziger sind als diese Teufel, dann soll dein Tod und dein Heldentum einen Sinn haben, Heinrich Langer!
Das schwöre ich dir!

Adamczik hat Urlaub eingereicht. Jetzt geht er wie ein Träumender unter uns, ist sehr ungeduldig und wartet, — wartet!
Der Unteroffizier, der Magdeburger, weiß natürlich aus dem Urlaubsgesuch auch davon. „Na Kleener“, sagt er eines Morgens in der Baracke vor dem Ausmarsch zu dem Kleinen, der versunken auf einem Schemel sitzt und vor sich hinbrütet, „in welchem Monat ist denn deine Kalle, hä?“ Er schlägt ihm vertraulich auf die Schulter. Ein böser, ironischer Zug liegt um seinen Mund.
Adamczik starrt hoch und sieht ihn an, als erkenne er ihn nicht. Er muß sehr weit mit seinen Gedanken fort sein.
„Na, nu kiek mich bloß nich so blöd an, kleiner Stipper“, höhnt der Magdeburger weiter, „tu bloß nich so...“
Adamczik bleibt sitzen. Er hat bestimmt nicht die Worte verstanden und ist abseits mit seinen Gedanken, daß er vergißt, die Ehrenbezeugung zu machen. Der Unteroffizier, der wohl anfänglich eine kleine Privatunterhaltung zur Auffrischung seiner Phantasie wollte, besinnt sich plötzlich bei dem Benehmen des Kleinen, der nicht auf diesen Ton eingeht. „Willst du Kerl nicht aufstehn, wenn dein Vorgesetzter mit dir spricht“, brüllt er ihn an, und seine Nasenflügel zucken bedrohlich. Kilb und ich wollen grade raustreten. Am Ausgang hören wir noch die drohenden Worte. Kilb bleibt stehen, hält mich fest und sieht mich bedeutsam an. Wir gehen beide zurück.
„Ich — ich habe Herrn Unteroffizier nicht verstanden“, Adamczik beißt sich auf die Unterlippe und macht die Finger an der Hosennaht lang. Kilb und ich stehen ganz in der Nähe, aber der Magdeburger sieht uns nicht. Adamczik aber hat uns zurückkommen sehen.
„Was? Nicht verstanden, Rekrut?“ Der Jähzorn des Magdeburgers ist auf das Äußerste entfacht; wir sehen, wie sein Gesicht wie mit Blut übergossen ist. Kilb tritt einen großen Schritt vor, immer noch nicht von dem Unteroffizier bemerkt. Jetzt steht er dicht hinter ihm. Das flößt dem Kleinen immer mehr Mut ein. „Was wollen Sie von mir?“, fragt er, und sein Gesicht wird mit einem Male ganz hell und durchsichtig.
„Was ich will, du Rindvieh? Du Stück Mist...? Was ich will, fragst du deinen Unteroffizier? ‚Sie‘, sagt der Kerl! Bist du verrückt geworden? ... Du Schweinigel, hä...? Deine Fose anbuffen, das kannst du, hä...? Und dann noch Urlaub! — Ich werde dir was anderes besorgen! Keinen Urlaub wirst du kriegen, dafür Sorge ich, verschtannt? Hahahahaha!“ er bricht in ein wiederndes Gelächter aus. Adamczik ist bei dem Wort „Fose“ kreidebleich geworden, ich sehe deutlich, er er etwas schwankt. Hilfesuchend irren seine Augen zu uns hin.
Und schon stehen Kilb und ich neben dem Kleinen. Uns ist alles egal. Wir müssen dem kleinen Kameraden helfen, — das dürfen wir nicht auf ihm sitzen lassen. „Fose“ hat dieser Schuft zu der Braut unseres Kameraden gesagt... Ich sehe die kleine Paula mit dem billigen Sommerkleid, wie sie bei unserem Ausmarsch aus Berlin neben Adamczik geht und ihm mit ihrer lieben, klingenden Stimme von seiner Mutter erzählt. Paula ist eine Näherin in einem großen Kriegsbetrieb, ein armes Mädchen unseres Standes.

Der Magdeburger prallt zurück. Er sieht sich kurz um: Ja, du Feigling, wir sind allein, denke ich triumphierend, keine Hilfe ist für dich da... nun man los! Wir sind tatsächlich die einzigen in der Baracke; in der plötzlichen Stille höre ich, wie die anderen Kameraden vor der Baracke beim Aufstellen scharren. Und wenn sie auch wirklich noch hier drinnen wären — das hätte wohl so leicht keiner auf unserem kleinen Schützling sitzen lassen. „Ihr steht ihm doch immer bei?“, ich höre deutlich die ängstlichen Worte der dürftigen Frau mit dem Umschlagetuch: Adamcziks Mutter, die ihr Markenbrot unter uns verteilt — ich sehe Kilb, wie er die kleine Mutter hochhebt... unsere Mutter — wie er sie küßt, mitten auf der Straße, mitten auf dem Marsch...
„Einmal noch!“ brüllt da Kilb, „verfluchter Preußenknecht! Einmal noch sagst du dieses Wort!“ Wir werden mitgerissen, Adamczik löst sich aus seiner Starre, in einer Reihe dringen wir auf den Verhaften ein... es geht alles sehr schnell. Der wird gelb vor Angst, Speichel läuft ihm aus dem Munde, der noch eine große Narbe von Kilbs Schlag trägt... ohl er kennt ja Kilb! Es jauchzt in mir: „Kilb, Kilb! Unser Kilb!“
„Zurücknehmen!“ brüllt Kilb. In die äußerste Ecke der Baracke haben wir den Magdeburger gedrückt. Er öffnet ein paarmal den Mund, als wolle er schreien, aber vor Angst und Feigheit kommt er nicht dazu. Kilb schlägt dich tot, denke ich, halte nur ja dein Maul! Kurz vor der Barackwand fällt er über einen Schemel — blitzartig springt er wieder hoch und will den Schemel ergreifen. Aber vorspringend bin ich bei ihm und stoße den Schemel zur Seite. Der Magdeburger stolpert, mit dem Kopf schlägt er gegen die Kante eines Feldbettes. Er fällt wieder um... über ihm steht Kilb, wir an den Seiten: Jetzt haben wir dich ganz, du Hund! Wir könnten dich erschlagen, aber so dumm sind wir nicht...
Und: „Zurücknehmen! Alles zurücknehmen!“ brüllen jetzt wir drei. Der Magdeburger verdreht die Augen; dicht bei seinem Gesicht stehen unsere eisenbeschlagenen, schweren Schuftstiefel. „W—w—was wollt — ihr — von mir?“ — kläglich dringt die Stimme zu uns hoch, abgebrochen, hilflos, „n—n—ich — so gemeint...“ „Los, Adamczik!“ Kilb zieht den Kleinen zu dem Unteroffizier herunter, „los! Wir haben nicht viel Zeit: was hat er zu deiner Braut gesagt?“ Der Magdeburger will aufspringen, Kilb setzt ihm sofort den Fuß auf die Brust. „Fose“ hat er zu meiner Paula gesagt“, zischt Adamczik. Drohend sieht Kilb den Liegenden an und schwingt die Fauste: „Du sprichst jetzt nach, was Adamczik dir vorsagt!“ Und dann zu Adamczik gewandt: „Los, Kamerad! Keine Angst! Du sollst deine Genugtuung haben!“
Tief atmet Adamczik auf. Ich sehe ihn an sein Gesicht ist ein einziges Leuchten. Jetzt, Kleiner, zeige, daß auch das Kanonenfutter seine Ehre hat! Zeige, daß du gelernt hast unter den

wochenlangen, unsagbaren Demütigungen, zeige, daß du gelernt hast nach Heini Langers Tod! Nach dem Tode des Bergmannes Hermann Lorenz. Laß deine Mutter und Paula stolz auf dich sein! Verteidige dein Kind im Mutterleibe deiner Braut! Und denke daran: in einigen Tagen ist mit uns Schluß, dann müssen wir unserem Korporal Preuß nach der Westfront folgen: für was kämpfst du da? Und für was kämpfst du hier?...
„Grenadier Adamczik“... langsam spricht der Kleine vor, er bewegt dabei den Zeigefinger der Rechten auf und ab, „Nachsprechen, los“, knurrt Kilb und setzt den Fuß fester auf die Brust des Magdeburgers — und Wort für Wort, schluckend, zischend, ächzend spricht der Elende, dem dabei vor Angst die Zähne klappern, nach:
„Grenadier Adamczik... ich bitte — um — Verzeihung... Ihre — Braut — ist das — anständigste Mädchen — der Welt... Ihre — Braut — ist — keine...“ „wiederholen!“ befiehlt Kilb — der Magdeburger schließt die Augen und Schweißtropfen stehen ihm auf der Stirn, „ist — keine — Fose...“ sie ist — die — Braut — des Radfahrboten Fritz Adamczik... „Alles?“, fragt Kilb, und ein wunderschönes Lächeln erheitert seine Züge, „alles, Fritz?“... „Is jut“, antwortet Fritz, „laß'n man wieder uff die Beene...“
„Aufstehen!“, kommandiert Kilb und nimmt langsam und beobachtend den Fuß weg. Wir drei passen scharf auf; denn wir wissen, daß der Kerl, wenn wir ihn wieder frei lassen, zu allem fähig ist. Schwer steht der Gedemütigte auf, er taumelt hin und her... es sieht aus, als wolle er wieder zusammensacken... er muß eine furchtbare Angst gehabt haben. Er sagt keinen Ton,

sein Kopf hängt schief herunter, noch immer klappern ihm die Zähne; er klopft sich den Staub von der Uniform, hustet einige Male und sieht uns der Reihe nach mit schiefem Blick an; seine Nase erscheint mir in diesem Augenblick noch verbogener als sonst. Und dann geschieht etwas Unerwartetes:
Dicht tritt er an Kilb heran. Wir achten auf jede seiner Bewegungen... zum ersten Male aber hat das Verbrechergesicht etwas Menschliches an sich. „Radfahrbote, Rad-fahr-bo-te?“, murmelt er. „Ich bin — auch nur — Packer von Beruf“, sagt er dann gepreßt, „wir sind doch eigentlich alle Proleten... hier!“, wahrhaftig er reicht Kilb die Hand hin, aber Kilb nimmt sie nicht an. Kilb verschränkt abwehrend und gleichgültig die Arme über der Brust. „Na, denn nicht“, fährt der Magdeburger fort, nimmt seine heruntergefallene Dienstmütze vom Boden, klopft sie ab, setzt sie mit zitternden Fingern auf und bringt die Kokarde in eine Linie mit der krummen Nase. Das sieht ulkig aus: die Nase... die schiefe Nase läßt auch die Mütze immer schief sitzen. Er sieht über uns hinweg: „Von mir aus soll die Sache erledigt sein; ich werde euch in Ruhe lassen.“
„Dein eigenes Glück!“, Kilb lacht auf, „denn wenn du einen Ton sagst, dann jagen wir dir ein Seitengewehr durch die Rippen, alter Freund! Sovlet Zeit werden wir immer noch haben... und daß ich es nicht vergesse: Wenn du auch ein Arbeiter bist... ein großer Schweinehund, ein Lump! — das bist du doch und wirst du in meinen Augen bleiben! Hau ab!“
Wir stehen wieder in Kompagnie... wir werden wieder in Züge eingeteilt... alles wie sonst: „Abzähl'n zu Vier'n! Mit Gr—r—ruppen rrechts — schwenk — maarrsch!“ Alles wie immer: an unserer Seite geht der Magdeburger. Es regnet plötzlich... ein Wolkenbruch... der Sturm fährt durch unsere Reihen... aber in uns dreien ist Sonne... uns ist, als zögen wir zum erstmalig in den Kampf um unsere Befreiung... „Marschordnung!“
Und dann fangen wir plötzlich an zu singen — wir haben noch nicht einmal in Döberitz gesungen. Ich fange an... Adamczik fällt ein... dann brummt auch Kilb neben mir mit... der Regen prasselt dabei auf unsere Helme und Gewehre... schnell ist der Boden durchweicht... aber wir singen.
(Wird fortgesetzt.)

Kühle Wohnung

Auf die Arbeitslust, auf die ganze Stimmung übt die Temperatur der uns umgebenden Luft einen außerordentlichen Einfluss aus. Wir haben daher alle Ursache, eine Überhitzung unserer Wohnräume zu verhüten. Das gilt vor allem für die heiße Jahreszeit, in der die Frage der kühlen Wohnung ganz besonders wichtig ist.
Das Fensterglas hält zwar die Wärmestrahlen, die die Sonne zur Erde hinabsendet, fern. Aber die durch das Glas gehend hindurchgehenden Lichtstrahlen verwandeln sich beim Auftreffen auf einen lichtundurchlässigen Gegenstand ihrerseits in Wärme. Also nur wenn die Sonne nicht scheint, vermag man durch Schließen der Fenster erfolgreich die von außen hereindringende Wärme abzuwehren. — Sehr unzweckmäßig ist das Anbringen dunkler Vorhänge hinter den Glasscheiben. Denn das Licht geht doch durch das Fenster ins Zimmer und verwandelt sich beim Auftreffen auf den dunklen Vorhang in Wärme, die dann ihrerseits im Zimmer verbleibt, da sie bei geschlossenem Fenster keine Möglichkeit hat, nach außen zu entweichen.
Wirksame Schutzvorrichtungen müssen daher außen angebracht werden; am besten hölzerne Läden, die sich im wesentlichen aus schräggestellten Querleisten zusammensetzen — mit breiten Spalten nach unten — durch die die hinter den Läden angewärmte Luft nach oben entweichen kann.
Wenn man Markisen benutzen will, so ist darauf zu achten, daß die unter ihnen sich bildende Wärme gleichfalls Abzug ins Freie hat. Daher darf die Markise nicht unmittelbar an der Wand, sondern sie muß an einer Leiste befestigt werden, die etwa 10 Zentimeter von der Wand absteht. Durch diesen Spalt kann dann die Wärme gut abziehen.
Ein hervorragendes Abkühlungsmittel für die Wohnung ist das Verdunstlassen von Wasser, indem man die Fußböden besprengt oder die Fenster bespült. Auch das Aufhängen von feuchten Tüchern ist recht empfehlenswert. Dabei ist es erforderlich, daß gleichzeitig gründlich gelüftet wird, am besten durch Gegenzug. Denn hierdurch wird nicht nur die Verdunstung des Wassers und damit die Abkühlung der Räume beschleunigt, sondern auch eine Übersättigung der Zimmerluft mit Feuchtigkeit vermieden. Nachts über sollen in heißen Nächten Fenster und Türen offen bleiben. Das gilt übrigens für Wohn- und Schlafzimmer gleichermaßen wie für Küche und Speisekammer. Ganz besondere Aufmerksamkeit ist den Räumen zu widmen, in denen kleine Kinder, vor allem Säuglinge, untergebracht sind. Denn hier sind die Folgen einer sommerlichen Wärmestrahlung erfahrungsgemäß am bedrohlichsten.
(Aus „Gesundheit“)

wohlschmeckend zubereitet werden. Da ich manchmal gezwungen bin, mich selbst zu versorgen, habe ich bei ihrer Herstellung eine gewisse Übung erreicht, von der ich auch andere profitieren lassen möchte. Mein heute hergestelltes Eintopfgericht zeigt zum Beispiel nachfolgende Aufstellung:

¼ Pfund Suppengerste (grob)	14 Pf.
¼ Pfund Gelbrüben	4 "
1 Pfund Kartoffeln	4 "
1 Bund Suppengrün	4 "
2 Tomaten	8 "
1 kleiner Eßlöffel voll Fett	= etwa 2 "
4 Eßlöffel voll Knorr's Haferflocken	4 "
2 Eier à 8 Pf.	16 "
2 Maggi's Fleischbrühwürfel	8 "
Zusammen	64 Pf.

Das Ganze ergibt mit der nötigen Wassermenge und bei sorgfältiger Zubereitung ungefähr 4 Liter gutmundende, nahrhafte Speise, mit je einem Stück Schwarzbrot für vier erwachsene Personen ausreichend. Mir reicht es für zwei Tage — muß reichen. Hergerichtet ist es in etwa 1½ Stunden. Mit 1½ Pfund grünen Bohnen, 1 Pfund Kartoffeln, ¼ Pfund Gelbrüben, Suppengrün, Tomaten, Haferflocken und ½ Pfund Rindfleisch erzielt man ebenfalls ein ganz vorzüglich schmeckendes Gericht. Desgleichen mit Spinat oder irgendeiner anderen Gemüseart. Bei einigem Nachdenken kommt man auf unzählige Variationen. Wir machen's aber nicht wie die meisten Frauen, die den Spinat abbrühen, ausdrücken, durchdrehen, die Nährsalze mit der Brühe wegschütten.
Grundsatz muß sein: nichts darf unkommen, alle Nährwerte, die wir uns für unsere armen Groschen kaufen, müssen dem Körper zugute kommen. Ich verwende, wo irgend es angeht, Haferflocken als Zugabe. Körner und Hülsenfrüchte lasse ich über Nacht aufquellen, wodurch ich ein Drittel Heizgas erspare. Lasse ich meinem erwachsenen Sohn die Wahl, dann entscheidet er sich gewiß für Vaters „Kraftfutter“, wie er es nennt. Um jedoch keinen Zweifel aufkommen zu lassen, sei betont, daß meine Winke nur für die jetzige Notzeit sein sollen. Im übrigen aber wollen wir uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß es bald besser wird.
F. Fl.

Die Große Zeit — und nachher

„Die Weltbühne“ druckt aus der Deutschen Tageszeitung, dem Junkerblatt, ein Stück eines Artikels ab, der im Krieg, am 4. Juni 1915, erschienen ist. In diesem, mit Recht der Vergessenheit entrissenen Dokument heißt es:
„Auch wer beide Hände und Füße verloren hat, kann dazu gebracht werden, daß er durch eigene, sogar schwierige Arbeit sein Brot verdient. Wer beide Beine verloren hat, kann durch niedrige, allmählich höher werdende Hilfsstützen, die schließlich durch künstliche Beine von richtiger Länge ersetzt werden, Stehen und Gehen lernen.
Leichter noch läßt sich der Verlust beider Unterschenkel durch Ersatzstücke ersetzen.
Ergänzendes Zusammenwirken zweier Einarmiger wird auch die Tätigkeit solcher Art ermöglichen, die zunächst nur völlig Gesunden vorbehalten scheint.
Einen Tischler, der an der Hand schwere Verstümmelungen aufzuweisen und außerdem das rechte Bein verloren hatte, sah ich ebenso frisch und froh arbeiten; wie seine Kameraden. Offenbar war er sich seiner schweren Verletzungen gar nicht mehr bewußt.
Diese Beispiele zeigen, daß das stolze Wort: Es gibt kein Krüppeltum, wenn der eiserne Wille vorhanden ist, es zu überwinden, nicht zu Unrecht geprägt wurde. Dies muß auch das Leitwort für unsere Kriegsverletztenfürsorge sein.“

Ja, das war die Große Zeit. Die Bürger gaben Gold für Eisen, wenn sie nicht, wie die Patrioten der Schwerindustrie, Eisen für Gold gaben; die anderen, die „Frontschweine“, die lausigen Proleten, gaben nicht nur ihr Gut, sie gaben auch ihr Blut und ihre gesunden Knochen für das Vaterland her. Dafür wieder gab ihnen das Vaterland, wenn sie die Knochen verloren hatten und mit der Heimat als Krüppel ein Wieder-Wieder-Wiedersich feierten, eine Prothese und eine kleine Rente. Siebzehn Jahre sind seitdem um und dieselben Herrschaften, für die damals das deutsche Volk seine Blutopfer brachte, sind wieder obenauf. Und ihre erste Tat an den Frontsoldaten des Weltkrieges? Die erste Notverordnung der Regierung Papen und Schleicher kürzt den Kriegsoffizern die Renten. Wenn jetzt den Kriegskrüppeln der Magen knurrt, so mögen sie ihn herausnehmen lassen, wie sie Arme und Beine sich abnehmen ließen, und an seine Stelle ein Hakenkreuz einsetzen lassen.

Rasche Umstellung

Er: „Wie, Eva, du liebst mich also nicht mehr?“
Sie: „Nein, mein Freund, in Zukunft kann ich dir nur noch eine Schwester sein.“
Er: „Aber eine wirklich gute und besorgte Schwester?“
Sie: „Ja.“
Er: „Dann borge mir bitte 20 Mark.“

Wie halte ich durch?

Ein mehrere Jahre arbeitsloser Metallarbeiter schreibt: Millionen Männer und Frauen, Familienväter und Einzelpersonen legen sich täglich verzweiflungsvoll die Frage vor: Wie halte ich durch? Wie ermögliche ich es, daß ich mit dem unzureichenden Lohn oder mit der noch geringeren Arbeitslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung nicht ganz auf den Hund komme?
Stilles Heldentum zwischen engen vier Wänden blüht heute kaum weniger als während des Krieges. Manche hauswirtschaftliche Frau macht mit geringsten Mitteln das Unmöglichste möglich, und mancher Mann vermag es, ihr fast gleichzeitig. Wenn Mann und Frau in der Not treu zueinander halten, dann werden sie und ihre Kinder auch diese böse Zeit ohne besondere gesundheitliche Schäden überstehen.
Die Existenzbedingungen sind heute ganz allgemein für den Arbeiter so schwer, daß keiner mehr seines Lebens froh wird, gleich, ob einer noch in Arbeit steht oder längst zum Arbeitslosenheer zählt. Aber wenn wir mit Unmut bis obenhin geladen sind, wird es auch nicht besser. Im Gegenteil, wir machen uns nur das Leben noch schwerer. Heute wie kaum zu einer anderen Zeit kommt es darauf an, sich gegenseitig zu helfen. Der Kollege dem Kollegen, die Frau dem Mann, der Mann der Frau. Vorurteile oder Dünkel hat heute weniger Berechtigung als je. Der arbeitslose Mann vergibt sich nichts, wenn er seiner Frau bei den Hausarbeiten hilft, Gänge verläuft, Lebensmittel einkauft usw. Er lernt manches dabei; er sieht, was die Sachen kosten, merkt, wo das Geld hinkommt und kommt nebenbei auf manche Idee, deren Verwirklichung für den Werktag nützlich sein kann. Außerdem wird die Stimmung der Frau besser, wenn sie ihren arbeitslosen Mann zu ihrer Entlastung tätig sieht.
Die Frau wird allerdings ein gewisses Maß von Takt nicht vermissen lassen dürfen. Kommando und Spott erträgt er nicht. Häufig kommt es vor, daß die Frau in der Fabrik arbeitet, Büro reinigt, Stundendienst macht, also die Verdienerin ist, während der Mann arbeitslos zu Hause sitzt. In diesem Falle ist es selbstverständlich, daß er alle Arbeiten macht, die er machen oder erlernen kann. Er wird also auch kochen und, so Kinder da sind, diese versorgen müssen, so daß die ermüdete Frau bei der Heimkehr sich möglichst nicht von neuem anzustrengen hat. Die Mahlzeiten der Arbeiter, insbesondere die der Arbeitslosen, sind ja nicht so vielseitig, als daß ein Mann sie nicht auch zurechthebrächte.
Am einfachsten, schnellsten und billigsten sind wohl die Eintopfgerichte herzustellen. Sie sparen Arbeit, Geschirr, Heizung und können, je nach der Jahreszeit, abwechslungsreich und



Verbandsleben



Was geht im Freiwilligen Arbeitsdienst vor?

Als der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes sich durchzusetzen versuchte, waren es die freien Gewerkschaften, die sich entschieden gegen den Arbeitsdienst wandten. Sie hatten richtig erkannt, daß die Arbeitsdienstpflicht nicht nur einen verkappten militaristischen Charakter trägt, sondern auch in lohnpolitischer Hinsicht abgelehnt werden muß. Die Gewerkschaften mußten um so mehr gegen diese Einrichtung Mißtrauen hegen, weil sich das gesamte Unternehmertum sehr warm dafür einsetzte. Auch nationalistische Organisationen, wie Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Pfadfinder usw., griffen die Losung des Arbeitsdienstes begeistert auf. Vor den arbeitsmarktpolitischen sowie den wirtschaftlichen Folgen haben die Gewerkschaften dringend gewarnt.

Heute liegt die Verordnung der Papen-Regierung über den Freiwilligen Arbeitsdienst vor, die zeigt, daß die Warnungen der Gewerkschaften wohlberechtigt waren. In den neuesten Bestimmungen heißt es, daß alle Deutschen zum Freiwilligen Arbeitsdienst zugelassen sind. In der alten Fassung waren nur solche Jugendliche zugelassen, die eine Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung nachweisen konnten oder in Unterstützung standen. Heute aber können selbst Akademiker, Bauernsöhne usw., also Leute, die noch niemals in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden haben, zum Freiwilligen Arbeitsdienst zugelassen werden. Das bedeutet, daß weite Kreise, die noch niemals Beiträge zur Reichsanstalt geleistet haben, nun aus Mitteln der Reichsanstalt unterstützt werden.

Auf dem Land wird diese Einrichtung nun von den Bauernsöhnen begrüßt werden. Das Notwendigste zum Lebensunterhalt erhalten sie aus der väterlichen Wirtschaft, sind also nicht so sehr auf Arbeitseinkommen angewiesen. Der Verdienst im Freiwilligen Arbeitsdienst dürfte für sie eine willkommene Einnahme zur Bestreitung ihrer persönlichen Bedürfnisse sein. Der Arbeiter aber, der sonst nichts zu verdienen hat als seine Arbeitskraft und dem man die Unterstützung ganz gewaltig gesenkt hat, wird einfach gezwungen, Unterschlupf im Freiwilligen Arbeitsdienst zu suchen.

Die größte Gefahr aber dürfte darin liegen, daß man den Gedanken der **Zusätzlichkeit** hat fallen lassen. Nach den Bestimmungen brauchen es nicht nur gemeinnützige Arbeiten zu sein, die im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes ausgeführt werden, sondern es können auch Arbeiten vorgenommen werden, an denen eine Gesamtheit ein Interesse hat. Viele Gemeinden können wegen Mangel an Geld notwendige Arbeiten nicht ausführen. Wir werden nun erleben, daß jetzt Arbeiten ausgeführt werden, die nicht zusätzlich oder gemeinnützig sind, aber an denen eine Gesamtheit immerhin ein Interesse hat. Es wird dies nur eine Frage der Auslegung sein. Die Gerüchte über die Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes bei Eisenbahn und Post liegen auf derselben Linie. Selbst Unternehmer können Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst übertragen bekommen. Man wird also Arbeiten, die sonst regulär ausgeführt werden, im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes ausführen lassen. Die Folge wird sein, daß die Löhne sinken und sich den Sätzen im Freiwilligen Arbeitsdienst anpassen. Eine Schwächung der Kaufkraft und damit eine weitere Zerstörung der Wirtschaft wird die weitere Folge sein.

Die stärkste Ausdehnung hat der Freiwillige Arbeitsdienst auf dem Lande erfahren. Es ist Tatsache, daß die landwirtschaftlichen Löhne unter den Förderungsbeträgen des Freiwilligen Arbeitsdienstes liegen. Die Folge wird sein, daß sich die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte dem besser bezahlten Freiwilligen Arbeitsdienst zuwenden. Diese Feststellung scheint man auch schon in Regierungskreisen gemacht zu haben. Man hat deshalb verfügt, daß die Förderungsbeträge den jeweils vorhandenen Verhältnissen anzupassen sind. So hat man eine Staffelung der Förderungsbeträge von 1,50 bis 2 M vorgesehen. In einem südwestdeutschen Arbeitsamtsbezirk hat man schon erkannt, daß sich keine Arbeitskräfte für die Landwirtschaft vermitteln lassen, weil der Freiwillige Arbeitsdienst höhere Verdienstmöglichkeiten bietet. Die Kürzung der Förderungsbeträge wird automatisch einsetzen.

Das sind einige Folgen, vor denen die Gewerkschaften gewarnt haben. Wie das Ende der Entwicklung sein wird, ist leicht voraussehen. Vor allem dürften die Löhne gerade der Bauarbeiter sinken, da doch nur Tiefbauarbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden, die Förderungsbeträge mit, bis sich kein Arbeiter mehr zur Teilnahme am Freiwilligen Arbeitsdienst meldet, da bald selbst die körperlichen Unterstützungsätze höher sein werden als die Förderungsbeträge. Dann wird man die Arbeitslosen einfach zur Teilnahme zwingen. Schon heute müssen wir in den Landbezirken feststellen, daß Gemeinden den Antragstellern auf Unterstützung einfach die Bedingung stellen, am Freiwilligen Arbeitsdienst teilzunehmen. Und diese Entwicklung scheint man gewollt zu haben. Am Ende wird der Zwang stehen. Ernst Schneider.

Erlebnisse auf dem Arbeitsamt

Wer der Aufenthalt im Arbeitsamt schon immer ein nicht erfreuliches, so ist er durch die letzte Notverordnung zur Qual geworden und stellt höchste Ansprüche an die körperlichen und seelischen Kräfte der Erwerbslosen.

Durch die Neuprüfung eines jeden Antrages ist jede glatte Abfertigung unmöglich. Stundenlanges Schlängestehen ist die Regel geworden. Holt ein Arbeitsloser sich seine karge Unterstützung, so kann er drei Stunden warten. Unter dieser Zeit ist heute kaum einer abzufertigen. Da stehen nun die ausgehungerten Menschen, blaß und mit hohlen Wangen, elende und abgemagerte Frauen, in deren Augen Angst und Ratlosigkeit glänzt und vergessene Tränen bräunen.

Eine drückende Schwüle und atemberaubende Luft erfüllt den mit Menschen vollgepackten Saal. Der Schwarzriss rüst über die bleichen Gesichter und ihr Atem geht schwer. Ab und zu ertönt ein kühnes Schreien, denn es nicht unzufällig. Wenn aber doch eines die Kräfte verliert und er umstürzt, dann kommt's wie zur Entschädigung hinzu: „Ich habe seit zwei Tagen nichts gegessen.“ Manchmal ist auch ein Glücklicher darunter, der ein Stück Brot aus der Tausche zieht und anfängt zu essen. Wieviel schmerzliche, in neidische Blicke hängen an diesem Stück Brot! Das Elend, das in diesen Wartestunden, an uns vorüberzieht, ist grenzenlos. Ob das die Herren, die vom Wohlfahrtsamt sprechen, wohl wissen? Nur eine vierwöchige Kur in diesem „Wohlfahrtsamt“ dürfte sie von ihrem Wahne heilen.

Alte, verhärmte, Mißbrauchte stehen unter den Wartenden, denen man wöchentlich 3 M von ihrer Unterstützung gekürzt. Sie drücken den Betrag, den sie jetzt noch bekommen, in ihren zitternden Händen hin und her und können den Abzug nicht begreifen. „Das kann nicht sein“, jammern sie. Der Beamte aber fertig sie kurz ab mit den Worten: „Wir machen die Gesetze nicht!“

Am bedauerlichsten sind unter den Wartenden die Kinder. Kleine, hilflose Wesen, von der Mutter von einem

Arm auf den andern geschoben. Stundenlang so, in der stickigen Schwüle und dem Gedränge. Wenn sie unruhig werden, legen die Beamten ihre Federhalter hin und bitten in scharfen Ton um Ruhe. Die größeren Kinder, die zwei- bis dreijährigen, trippeln zwischen den Menschen umher. Sie lachen sich an und verstecken und suchen sich gegenseitig. Auch das geht nicht oft ohne Laut ab. Wenn sie müde werden, setzen sie sich auf den Fußboden und weinen. Hin und wieder hört man den Beamten schnauzen: „Gehen Sie hinaus mit den Kindern, wir können nicht arbeiten.“

Wieviel Tränen der Mütter sieht man da fließen! Sie müssen sich anstellen zur Abfertigung. Wo aber sollen sie ihre Kinder lassen? Die Beamten sind überlastet — die Arbeitslosen elend und verzweifelt. Könnte da nicht ein Ausgleich geschaffen werden? Wäre es nicht möglich, in den Arbeitsämtern einen Raum einzurichten, in dem man die Kinder der arbeitslosen Mütter so lange unterbringt und beaufsichtigt, als wie die Mutter auf dem Arbeitsamt zu tun hat? Es gibt doch genügend arbeitslose Kinderpflegerinnen, die diese Aufgabe übernehmen könnten. Wäre dann nicht beiden Teilen geholfen? Die Beamten könnten in Ruhe arbeiten und kämen dadurch auch zur schnelleren Abfertigung. Die Mütter aber könnten in Ruhe ihre Angelegenheiten erledigen und wüßten ihre Kinder aufgehoben. Es wäre so ein Ausweg zu schaffen, und eine dringende soziale Aufgabe fände Erfüllung. Grete Kober.

Hakenkreuzerei in der Blechwarenfabrik in Limburg

Daß in der Blechwarenfabrik GmbH, Limburg, alles von der Spitze bis zum niederen Beamten Befürworter der Nazis ist, pfeifen in Limbach die Spatzen von den Dächern. In diesem Betrieb ist offenbar bereits das Dritte Reich eröffnet. Deshalb erfährt auch die Arbeiterschaft eine besondere Behandlung. Gesetzliche Bestimmungen werden von der Firma nicht respektiert. Vorgesetzte drohen sogar alten Leuten mit Schlägen. Vom verkraachten Werk Godesberg hat man einen Herrn kommen lassen, der hier alles auf das genaueste untersucht und für die Erneuerung der Arbeiterschaft maßgebend ist.

Die Akkordlöhne sind derartig „gestaffelt“, daß es der Arbeiterschaft einfach nie möglich ist, auf ihren Tariflohn zu kommen. Ordnungsgemäße Waschräume oder Waschgelegenheiten gibt es in diesem Betrieb überhaupt nicht. Trotz der großen Arbeitslosigkeit werden sehr häufig Überstunden ohne Zuschläge verlangt bis abends 10 Uhr und länger. Der Gewerberat wurde ständig darüber befragt. Das allerschlimmste, was sich diese Firma nun erlaubt hat, ist folgendes:

Trotz siebenjähriger Kündigungsfrist wurden 36 Arbeiter mit dreitägiger Kündigungsfrist entlassen. Dem übrigen Teil der Belegschaft stellte man anheim, künftig ohne Kündigungsfrist zu arbeiten. Es soll also ein Taubenschlag eröffnet werden. In Limburg werden die Leute rücksichtslos auf die Straße geworfen, und von dem verkraachten Zweigwerk Godesberg holt man die Leute nach Limburg, um die Aufträge bewältigen zu können. Arbeiter, die 10, 15 und 20 Jahre im Betrieb sind, müssen gehen, ohne daß die Firma die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Selbst Arbeiterratsmitglieder werden ohne Zustimmung des Arbeiterrates entlassen.

Wegen dieser Verhältnisse hat am 12. August eine Betriebsversammlung stattgefunden. Es war auf Wunsch der Belegschaft der Vertreter des DMV zugezogen. Die Belegschaft faßte unter größter Entrüstung den einstimmigen Beschluß, auf ihren Rechten zu bestehen. Da der Gewerkschaftsvertreter das darlegte, was gesetzlich der Arbeiterschaft zusteht, ließ die Firma am 13. August mitteilen, daß diese Gewerkschaftsvertreter — nie den Betrieb betreten dürften.

Das letzte Wort wegen der 36 Entlassungen ist natürlich noch nicht gesprochen, auch nicht wegen der Abänderung der Kündigungsfrist. Der Betriebsrat hat im Auftrage der Entlassenen bereits Einspruch erhoben und der DMV hat die weitere Verfolgung der Sache in den Händen.

An die Unorganisierten!

**Wacht endlich auf aus eurer Lethargie,
Laßt länger nicht die andern für euch kämpfen!
Geschlossenheit ist nötig wie noch nie,
Gilt's doch, der Feinde Übermut zu dämpfen.**

**Beantworte endlich auch auf eure Pflicht,
Den Klassenkampf aktiv zu unterstützen!
Gleichgültigkeit sprengt unsre Fesseln nicht,
Sie kann allein dem Kapital nur nützen.**

**Hofft ihr noch, daß ein Wunder uns befreit,
Daß uns von selbst wird Recht und Freiheit werden?
So laßt euch sagen: Nur durch Kampf und Streit
Erringen wir ein besseres Los auf Erden!**

**Deshalb wacht auf! Reißt dem Verband euch ein!
Nur wenn wir restlos uns organisieren,
Wird unsrem Kampf Erfolg beschieden sein,
Dem Kampf, den wir ums Recht der Arbeit führen!
Steeq.**

So leben wir...

Ein Verbandsmitglied schreibt: Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß! — So versicherte man uns während des Krieges. Was der Dank für uns war, weiß jeder, ist übrigens in der Notverordnung der Regierung der Barone nachzulesen. Diese Verordnung läuft darauf hinaus, daß alle diejenigen, die nicht auf dem Felde der Ehre gefallen sind, zu verurteilt werden. Ich bin als Vater von zehn Kindern damals auch mit hinausgezogen, um — um — um, waswegen nur? Als bleibende Andenken brachte ich Rheumatismus, Lähmung und Nervenschmerzen, dankbar Berufsleben gelassen, mit. Jetzt bin ich arbeitslos. Habe drei verheiratete Töchter, von denen jede mit sich zu tun hat. Zu Hause habe ich vier Söhne und eine Tochter. Davon sind drei arbeitslos mit der fürstlichen Unterstützung von 1,85 M. Allerdings bekommen nur zwei diese Unterstützung, wovon der eine noch ein uneheliches Kind unterhalten soll. Der dritte Sohn erhält (weil noch keine 21 Jahre) keine Unterstützung. Der vierte Sohn ist Lehrling, er erhält wöchentlich

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 28. August, ist der 86. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. August bis 3. September 1932 fällig.

Wir wiederholen das dringende Ersuchen des Vorstandes des Holländischen Metallarbeiterverbandes, unsere Mitglieder zu unterrichten, daß in Holland die Arbeitslosigkeit ganz außerordentlich zugenommen hat. Es ist deshalb nicht die geringste Aussicht für ausländische Kollegen, in Holland Arbeit zu bekommen. Die holländische Bruderorganisation, die an ihre eigenen Mitglieder Reiseunterstützung nicht zahlt, kann deshalb künftig an zureisende deutsche Kollegen keine Reiseunterstützung zur Auszahlung bringen. Wir raten unseren Mitgliedern dringend, diese Warnung zu beachten.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Görlitz der Schlosser Alfred Hauspach, geb. am 2. April 1913 in Neukölln bei Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 6785336, wegen Schädigung des Verbandes.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6692042, lautend auf den Arbeiter Paul Hertrampf, geb. am 24. März 1897 zu Schoßdorf (Leipzig).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 149

Der Verbandsvorstand

Verbandsnachrichten

Hanau, Helmstedt: Lokalgeschenk wird nicht mehr gezahlt.
Soltau, Coburg: Lokalgeschenk wird nicht gezahlt.

5 M. Davon geht 1 M Lehrgeld ab, von den übrigen 4 M muß ich ihm Handwerkszeug und Kleidung beschaffen und ein Fahrrad in Schuß halten, weil der Arbeitsplatz meistens weit entfernt ist. Die Tochter, 21 Jahre, war 1 1/2 Jahre erwerbslos. Seit 1. Juni 1932 arbeitet sie wieder und hat im Monat Juni einen Bruttoverdienst von 53 M erzielt. Von diesen gehen dann alle gesetzlichen Beiträge ab, so daß ihr dann noch 10 M wöchentlich bleiben. Da die Arbeitsstelle 1 1/2 Kilometer entfernt liegt, mußte sie sich ein Fahrrad zulegen, was jetzt bis 1. November in wöchentlichen Raten von 5 M abgezahlt werden muß. Nun bleiben ihr also noch 5 M die Woche, und da sie blutarm ist, soll sie recht kräftige Kost und Milch erhalten.

Das Arbeitsamt Sagan hat mir auf meinen Ergänzungsantrag auf Hilfsbedürftigkeit mitgeteilt, daß bei mir eine Hilfsbedürftigkeit nicht vorliege und mir die fürstliche Summe von 40 Pf. Unterstützung die Woche zugesprochen. Nun möchte ich die breite Öffentlichkeit fragen, wie es eine Hausfrau fertigbringen soll, von einer solchen Unterstützung eine siebenköpfige Familie zu ernähren. P. H.

Stilfehler

Je einfacher und natürlicher jemand seine Gedanken (wenn er nämlich welche hat!) auszudrücken versteht, desto ungewohnter und besser wird sein Stil sein. Will man sich aber recht gewählig ausdrücken, so passiert es oft, daß ein blanker Unsinn herauskommt, oft gar eine Beleidigung.

So erging es einem wackeren Bäuerlein, dessen Tochter bei einer Herrschaft in Dienst stand; der wollte es recht höflich machen und schrieb an sie unter folgender Adresse: „An meine liebe Tochter Annemarie, Viehmagd bei dem hochadeligen Rindvieh zu N. N.“ Das war beleidigend — aber wer weiß, ob nicht ein Körnchen Wahrheit in dieser Zweideutigkeit steckte?

Höflich wollte auch ein sächsischer Dorfschulze sein und sich in gewählter Sprache ausdrücken, als er mit half, den umgeworfenen Reisewagen des Ministers mit Stricken wieder in Stand zu setzen und auf dessen Dank beteuerte: „O, Euer Exzellenz haben schon mehr als einen Strick um uns verdient!“ was auch wahr gewesen sein mag, nur vielleicht in einem anderen Sinne, als es der Sprecher meinte.

Auch der Amtsschimmel liefert Beiträge zu stilistischen Dummheiten. Ein paar Beispiele: „In dieser gefährlichen Lage faßte er das Weib in der verzweifelnden Mitte.“ — „Dem N. N. wird sein Gesuch wegen seines geschiedenen Eheweibes zurückgegeben mit dem Auftrage, solches vor allem gerichtsmäßig reinigen zu lassen.“ — Sehr hübsch machte es jener Magistrat, der befahl, es müsse aller Kot von den Straßen hinweggeschafft werden, sonst werde sich der Magistrat selbst hineinlegen.“

In Zeitungsberichten stößt man ebenfalls hin und wieder auf lustigen Stilunsinn. Vor 100 Jahren schrieb ein Blatt, daß die Franzosen in Boulogne so wachsam seien, daß sie Tag und Nacht auf ihren Kanonen schliefen. Eine andere Zeitung meldete: „Der König hat befohlen, daß die Vorübergehenden vor ihm nicht mehr aus dem Wagen steigen sollten.“ — Ein Gastwirt empfahl in einer Anzeige sein „aussichtsvolles“ Haus: „es sind für Rinder, Schweine und Pferde bequeme Stallungen damit verbunden und für Gäste milderer Qualität sind gleichfalls gute Zimmer zu haben.“

Entfernte Verwandte der Stilfehler sind die Druckfehler, lustige und ärgerliche Produkte jenes kleinen Kobolds, der unter dem Setzkasten haust. Der berühmteste Druckfehler ist wohl jener, der die sogenannte Narrenbibel schuf. Es gibt nämlich eine Bibelaufgabe, in der der Satz: „Und er soll dein Herr sein!“ lautet: „Und er soll dein Narr sein!“ Diesen Fehler hat vielleicht ein spöttischer und mit seiner Frau zerfallener Setzer auf dem Gewissen — aber diese Bibel ist dadurch eine Seltenheit geworden und wurde von Sammlern teuer bezahlt.

Aber auch Schreibfehler bringen Absonderliches hervor. Im siebenjährigen Kriege verlangte einmal ein Adjutant vier Futterschneider für das Quartier; Rechtschreibung und Schrift dieses Herrn waren aber so mangelhaft, daß der Wachtmeister las: Vier Fuder Schneider, und trotz des Ernstes der Zeit lachte die ganze Umgebung, als der gute Mann endlich vier Wagen voll Schneider zusammengebracht hatte. Genauigkeit ist gut und notwendig, aber hin und wieder sprießt so ein Stil- oder Schreibfehler auf wie ein zierliches Unkrautblümchen. Und darum soll man ihm nicht allzu gram sein.



Aus aller Welt



Revolutionäre Situation in Amerika

F. K. Der Wirbelwind der Geschehnisse läßt bei uns Deutschen jetzt kaum Lust oder Zeit aufkommen, sich mit den Vorgängen jenseits der Grenzen zu befassen. Dies wäre indessen sehr ratsam. Denn im ganzen Auslande spitzen sich die Zustände zu, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Dies gilt insonderheit von dem größten Industrieland der Welt, von den Vereinigten Staaten. Die Washingtoner Regierung hat in letzter Zeit etliches unternommen, der Grundursache der verschiedenen Krisen beizukommen, das ist, die Wirtschaftsnot zu mildern. Die Regierung hat das, wie es gar nicht anders sein kann, nach Rezepten besorgt, die von kapitalistischer Hand geschrieben sind. Das hat der Bundeskasse oder den Steuerzahlern mehrere dicke Stangen Gold gekostet, aber das Ergebnis ist gleich Null. Arbeitslosigkeit und geschäftliche Bankrotte vermehren sich nach wie vor.

Die hungernden Arbeitslosen werden mit Gummiknüppel und Gasbomben zu befriedigen versucht. Es kommt dabei mitunter zu Szenen, die selbst Bürgerkreise aufschreiben lassen, wie jüngst bei der Vertreibung der Kriegsveteranen von Washington. Daß mit bewaffneter Macht weder die Hungernden beruhigt, noch die Bankrotte aufgehalten werden können, leuchtet ein. Immer weitere Volkskreise werden rebellisch, die revolutionäre Gärung nimmt überhand. Dies läßt Politiker und Volkswirtschaftler höchst besorgt in die Zukunft sehen. Sie sind ganz verzweifelt über die Wurstigkeit oder die Tatenlosigkeit der herrschenden Schicht gegenüber dem Urquell, aus dem Verzweiflung und Rebellion quellen.

Was in Amerika werden soll, weiß natürlich niemand mit einiger Bestimmtheit zu sagen. Man erklärt nur, daß die Situation äußerst kritisch sei. So meint der namhafte bürgerliche Schriftsteller Theodor Dreiser, der Kapitalismus habe dadurch, daß er sich außerstande zeige, die Gegensätze zu überbrücken, seinen Bankrott erklärt. Dreiser glaubt, daß eine Umwälzung zum Staatssozialismus das nächste sei, eine Umwälzung, die nicht ohne Gewalt vor sich gehe. Ob Amerika revolutionieren werde? Hierauf antwortet Dreiser wie folgt:

Das Land ist noch nicht reif zur Revolte? Einverstanden. Es hat noch nicht genug gelitten. Es hat noch nicht genug Arbeitslose, Obdachlose und Verhungerte. Wenn aber die Krise noch ein, noch zwei Jahre dauert — und ich sehe keinen Grund, warum sie nicht unendlich lange dauern sollte, weil sie im Grunde ja keine Krise, das heißt kein vorübergehendes Übel ist, sondern das unmißverständliche Zeichen des Niederganges des (kapitalistischen) Regimes —, wenn also die Krise, sage ich, noch zwei Jahre dauert, so wird man sehen, daß man nicht mehr auf der Stelle marschieren, daß man nicht mehr nur unbestimmte Hoffnungen ausdrücken, Pläne ohne Vorbedacht, ohne Zusammenhang, ohne Kühnheit entwerfen kann, kurz nicht mehr ohne Entschlossenheit bleiben kann, alles ein für allemal zu beseitigen, was wurmstichig ist. Es wird dann Bruch geben. Ohne dem wird es nicht gehen, wenn eine blühendere Nation auf den Ruinen erstehen soll. Die Regierung wird sich nur dem scharf ausgedrückten Willen des Volkes fügen. Es ist unmöglich, daß sich ein Volk, so zahlreich, gebildet und tatkräftig wie das amerikanische, sich noch länger von den Flausen der Politikanten und Plutokraten veräppeln läßt.

Dieser bürgerliche Schriftsteller kommt, wie man sieht, zu dem nämlichen Schluß wie amerikanische Sozialisten. Ob aber die amerikanischen Arbeiter geneigt sind, zu revoltieren? Ohne Zweifel verfolgen sie ihr Interesse kaum weniger tatkräftig als ihre Kapitalisten. Andererseits, meint Dreiser, ist der amerikanische Kapitalismus bestimmt nicht geneigt, seinen Bestand bedrohen zu lassen. Er verfüge über die Regierung, die große Presse und die wirtschaftliche Macht. Die Banken, die Zeitungen, die Regierungen der Einzelstaaten und die Parlamente seien ihm dienstbeflissen. Außer der staatlichen Miliz und der Polizei steht ihm ein Heer von Pinkertons zur Verfügung. Der Kapitalismus, insonderheit der amerikanische, werde vor keiner Gewalttat zurückschrecken, um sich an der Herrschaft zu halten. Er werde zu diesem Behufe Himmel und Hölle in Bewegung setzen, ja selbst nicht vor einem äußeren Krieg zurückschrecken. Die Imperialisten verteidigen überall eifersüchtig ihre Interessen. Man würde an hohen Stellen nicht unzufrieden sein über einen „kleinen Krieg“, der etwas entfernt stattfindet, beispielsweise über einen Konflikt mit Japan oder Rußland, der gerade zupass käme für eine Belebung der Industrie und der Landwirtschaft.

So sehr man hierin auch Dreiser zustimmen muß, die Lust der herrschenden Klasse wird jedoch, wie uns scheinen will, erheblich gedämpft durch die brenzliche innere Situation. Ein Krieg nach außen könnte, müßte, noch ehe er begonnen, im Innern Amerikas einen Krieg entfesseln, bei dem der herrschenden Klasse der Atem völlig ausgehen könnte. Der Kapitalismus würde dann noch schneller und bestimmt nicht im Bette sterben. Ein äußerer Krieg bietet nach unserm Bedünken schwerlich eine Rettung.

Was Wunder, daß der Abgeordnete Le Guardia bei der Beratung eines Gesetzes für Arbeitslosenhilfe im Washingtoner Parlament erklärte: „Wir sind am Vorabend eines völligen Zusammenbruchs, wenn nicht bald irgendetwas dagegen geschieht.“ Die Verzweiflung, die aus dieser Erklärung spricht, ist bei andern Amerikanern noch ärger, und die Ratlosigkeit ebenfalls. Der Präsident der Columbia-Universität, Murray Butler, z. B. ist über die Zustände im politischen Kreis Washingtons dermaßen verzweifelt, daß er Rettung nur noch von einem Übermenschen erwartet. Erklärt er doch: „Wenn uns ein glücklicher Zufall zu Hilfe käme und uns einen großen Führer von außergewöhnlicher Intelligenz und bedeutendem seelischen und geistigen Mut bescherte, so würde sich hinter diesem Manne eine ganze Masse erheben und das gesamte diskreditierte Personal unserer politischen Maschinerie ausfegen und es in den Mülleimer schmeißen.“

Professor Butler ist kein x-beliebiger, er steht im Reigen der geistigen Größen in Amerika voran. Wenn er zu einem derartigen Schluß kommt, so kann man nicht umhin, zu gestehen, daß es in dem größten Industriestaat höchst brenzlich stehen muß. Dies bekräftigt Butler noch ausdrücklich dadurch, daß er gegen die zum Himmel stinkenden Schwären der kapitalistischen Kadavers weiter nichts hat, als die Hoffnung auf einen Übermenschen. Mit Übermenschen geht es wie mit Göttern: immer, wenn man sie braucht, halten sie ihren Mittagsschlaf.

In Amerika ist es wie überall: es gibt keinen andern Retter als das Proletariat. Es ist der große Leidtragende der kapitalistischen Mißwirtschaft und es kann sich davon nur durch eigne Kraft befreien. Nun ist allerdings die amerikanische Arbeiterschaft politisch nicht organisiert und der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung wird niemand revolutionären Geist nachsagen. Das ist sicherlich besonders in der gegenwärtigen Situation ein erklecklicher Mangel. Indessen: außergewöhnliche Situationen sind nicht mit dem Maßstab des Alltags zu messen. Die Kapitalistenklasse revolutioniert ja selbst die proletarischen Köpfe mit beispielloser Rücksichtslosigkeit. Wenn so für den Geist gesorgt wird, sorgt das andere sozusagen für sich selbst.

Von den dänischen Arbeitern

Dänemark ist ein Land mit überwiegend landwirtschaftlichem Charakter. Es gibt zwar auch Industrie, doch keineswegs in jenem Ausmaß, wie wir es in den westeuropäischen Industriestaaten kennen. Der Mittel- und Kleinbetrieb überwiegt, oft genug verzeichnet die Produktionsstatistik Betriebe mit nur einem Beschäftigten. Mehr als 100 Arbeiter finden sich in einem Betriebe äußerst selten. Dieser Umstand mag wohl viel dazu beigetragen haben, daß sich die Wirtschaftskrise in Dänemark bei weitem nicht so bemerkbar macht wie in den großen Industriestaaten, wo man mit gewaltigen Aufwendungen die Betriebe ausgestaltet und heute unter einer furchtbaren Zinsenlast seufzt, die die Produktion infolge der gewaltigen Regieposten erschlägt. Der dänische Unternehmer ist in der Regel ein bescheidener Handwerker geblieben, der ehrlich und ohne Überlastung mit fremdem Kapital seinen Betrieb führt.

Nach einer Lohnstatistik vom Mai 1932 betrug der durchschnittliche Stundenlohn der dänischen Metallarbeiter (mit Ausnahme von Kopenhagen) 127,9, der durchschnittliche Stundenverdienst im Akkord 152,5 Ore. Da die dänische Krone annähernd auf 80 Pf. steht, ergibt sich, daß die dänischen Arbeiter bedeutend mehr verdienen als ihre deutschen Kollegen. In Kopenhagen selbst sind aber die Löhne und Verdienste erheblich höher. Die letzte Lohnstatistik ergibt einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 163,8 Ore im Lohn und 173,3 Ore im Akkord. Dabei gibt es aber einzelne Betriebe, wo der Stundenlohn über drei dänische Kronen hinausgeht, so in den Automobilwerkstätten von Ford, wo die 60 beschäftigten Arbeiter einen Stundenlohn von durchschnittlich 319,2 Ore beziehen, bei der General Motors 250 Ore usw.

Nun entscheidet aber bekanntlich keineswegs die Nominallohnhöhe über den tatsächlichen Wert. Die hohen Löhne der dänischen Arbeiter wären wenig wert, wenn im Land eine große Teuerung herrschte. Das ist aber nicht der Fall, im Gegenteil. Besonders die Lebensmittel sind wesentlich billiger als in den übrigen Ländern Europas, vom Balkan vielleicht abgesehen. Man bekommt ein Kilogramm Butter bereits um zwei dänische Kronen, ein Kilo Speck um eine Krone, ein Kilo gutes Fleisch um 1,50 Kronen. Eier und Gemüse sind ebenso billig. Um 25 Ore bekommt man schon vier große Blumenkohlrösen.

Der dänische Arbeiter bekommt also um einen Stundenlohn ein Kilogramm Fleisch, drei Pfund Speck, eineinhalb Pfund Butter. Aber auch die Industrieprodukte sind keineswegs überteuert. Gute Anzüge sind um 60 bis 80 Kronen zu haben, gute Schuhe um 12 bis 15 Kronen. In ähnlichem Preisverhältnis Wäsche. Selbst die Mieten sind keineswegs übertrieben hoch. So kostet eine komplett eingerichtete Einzimmerwohnung mit Küche, Bad, Vorzimmer usw. in Kopenhagen monatlich 60 Kronen, in der Provinz entsprechend weniger.

Freilich sind diese erfreulichen Zustände keineswegs von allein gekommen. Dänemark ist nicht nur das Land der entwickelten Landwirtschaft, sondern auch das Land der entwickelten und geschlossenen Organisation der Arbeiterschaft. Politisch wie gewerkschaftlich sind die Organisationsverhältnisse mustergültig; die Gewerkschaften erfassen über 90 vH ihrer Berufsangehörigen. Damit müssen die Unternehmer rechnen. Sie haben mit den dänischen Arbeitern bereits allzu schlimme Erfahrungen gemacht, als daß sie es ohne Not auf einen Kampf ankommen ließen. So wurden alle Versuche, einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen, abgeschlagen und beispielsweise der Landestarif der Metallarbeiter, der im Frühjahr 1932 von den Unternehmern gekündigt war, wobei sie einen Lohnabbau von 15 vH verlangten, unverändert um ein Jahr verlängert.

Die skandinavischen Arbeiter haben auch unter sich Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen, wonach bei einem Großkampf je Woche und Mitglied eine Krone an die betroffene Organisation abgeführt wird. Nur so war es zum Beispiel den norwegischen Arbeitern im Vorjahr möglich, die große Aussperrung durch sieben Monate hindurch zu halten, weil die dänischen und schwedischen Arbeiter in ihrer Valuta Millionenbeträge an die kämpfenden Kameraden leisteten. Hier erweist sich die praktische Solidarität am besten und am wirksamsten zugunsten aller beteiligten Arbeiter. Auch sonst sind sich die dänischen Arbeiter dessen bewußt, daß sie ihrer Organisation die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen müssen, wenn sie wollen, daß die Organisation leistungsfähig sein soll. Im dänischen Metallarbeiterverband wird gegenwärtig ein Wochenbeitrag von 5 Kronen geleistet, was im Durchschnitt

Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben an Unorganisierte und Gleichgültige. Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

mehr als drei Stundenlöhne ausmacht. Mit Ausnahme der Buchdrucker weisen die dänischen Metallarbeiter absolut und relativ wohl einen der höchsten Gewerkschaftsbeiträge auf, dafür ist aber auch ihre Organisation instande, ihnen wirksam zu helfen und ihre Rechte zu schützen.

Die politische Macht ermöglicht es den dänischen Arbeitern, die gewerkschaftlichen Errungenschaften auch entsprechend zu ergänzen. Die Billigkeit der Lebensmittel erklärt sich aus der vernünftigen Steuerpolitik, die die sozialdemokratische Regierung betreibt, die schon vier Jahre an der Macht ist. Lebensmittel und wichtige Bedarfsartikel werden kaum besteuert, auch die Zollsätze sind sehr gering. Dagegen werden Genußmittel außerordentlich hoch besteuert, so vor allem Alkohol. Die direkte Besteuerung ist sozial und in gerechter Weise durchgeführt. Andererseits hat Dänemark als einer der ersten Staaten auf die kostspieligen Militärausgaben verzichtet, so daß der Staatshaushalt ohne wesentliche Belastungen der breiten Volksschichten in Ordnung gehalten werden kann.

In den einzelnen Gemeinden hat die Sozialdemokratie meist die Mehrheit, und es ist äußerst beachtlich, was hier an sozialer Arbeit geleistet wird. So besteht der Gemeinderat der jütländischen Stadt Aarhus, die etwa 90 000 Einwohner zählt, aus 15 Sozialdemokraten und 8 Bürgerlichen. Die Stadt unterhält eine Reihe sozialer Einrichtungen, die geradezu mustergültig sind. Besonders hervorzuheben ist die Städtische Herberge, wo Einheimische oder Fremde, die keine eigene Wohnung haben, um 60 Ore täglich Quartier und Kost erhalten, wobei sie in Zimmern zu drei bis vier Betten untergebracht sind und ausgezeichnet verpflegt werden. In den Schulen sind die Klassen für 12 bis 15 Kinder eingerichtet, so daß individuell unterrichtet werden kann.

So haben sich die dänischen Arbeiter aus eigener Kraft Verhältnisse geschaffen, um die sie die Arbeiterschaft anderer Länder mit Recht beneiden kann. Der Neid allein kann hier aber nicht genügen. Es muß uns allen ein Ansporn sein, wenn wir sehen, daß auch in einer Zeit, da ringsum die Welt aus den Fugen geht, die Arbeiterklasse dank ihrer glänzenden Organisation in einem Lande solche Erfolge erzielen kann. J. B.

Ein besseres Bild von Brasilien

Wir haben kürzlich zwei Berichte über Brasilien gebracht, die sich nicht sehr lobend von diesem Lande aussprechen. Darauf erhalten wir eine Entgegnung von einem früheren Mitglied des Butab, das vor neun Monaten nach fünfjährigem Aufenthalt von Brasilien zurückgekehrt ist. Der Kollege schreibt:

Vorweg möchte ich sagen, daß ich Brasilien in der größten Anzahl seiner Provinzen beruflich kennen gelernt habe, sowohl als Monteur, als auch als Techniker und Ingenieur. Gewiß gebe ich zu, daß Brasilien gewerkschaftlich sehr schlecht organisiert ist. Das liegt aber zum Teil an den verschiedenen Charakteren der Rassen und ihrer Abkömmlinge einerseits, andererseits aber an den verhältnismäßig hohen Löhnen, die bis vor ganz kurzer Zeit für gelernte Leute gezahlt wurden. Die brasilianische Rasse, wenn man so sagen darf, ist erst seit Oktober 1870 auf dem Wege, sich zu einer Nation zu gestalten. Das Gemisch von Portugiesen und Schwarzen, Germanen und Romanen usw. kann natürlich erst im Laufe von Jahrhunderten zu dem gefügt werden, was man heute unter Nation versteht. Es ist ganz selbstverständlich, daß es bei diesem Mischmasch von Völkermassen außerordentlich schwierig ist, eine Gewerkschaftsbewegung entsprechend der straff organisierten deutschen Gewerkschaftsbewegung ins Leben zu rufen. Außerdem sind die sozialen Probleme nicht so schwerwiegend als unsere.

Der Neger oder Kreole z. B. ist von Natur aus ein sehr genügsamer Mensch. Er verlangt ja gar nicht die hohe Kulturstufe, die wir heute z. B. in Nordamerika oder in Europa haben. Trotzdem wird man täglich hunderte Male sehen können, daß sich in Brasilien der Unternehmer oder Geschäftsmann absolut nicht scheut, mit seinem niedrigsten Angestellten an ein und demselben Tisch im besten Kaffeehaus seinen Kaffee zu trinken. Sie zeigen sich als gute Freunde, die dasselbe Ziel verfolgen. Hat man so etwas schon mal in Deutschland gesehen?

Und nun die Lohnfrage. Jeder, der etwas gelernt hat und die Sprache des Landes spricht, hat in den guten Jahren bis 1931 im Durchschnitt 500 M im Monat verdienen können. Natürlich gehört auch Glück dazu, wie überall in der Welt. Ja, es gab sogar Gesellschaften, die einen tüchtigen Handwerker bei dem damaligen Stand des Milreis mit 1000 M den Monat und freier Station entlohnten. Gewiß haben wir dafür 16 Stunden arbeiten müssen. Wenn man tief im Urwald steckt, sich überhaupt dorthin verpflichten läßt, so geht man bestimmt nicht dahin, um die Zeit mit Trübsal auszufüllen, sondern um zu arbeiten. Überdies ist man dort an der Arbeitsstätte in 10 Minuten und braucht nicht erst stundenlang zu fahren, wie dies hier in Berlin Mode ist. Bei normaler Arbeitszeit von 8 Stunden ist wohl die größte Anzahl der Berliner Arbeiter auch noch zwei Stunden unterwegs für die Hin- und Rückfahrt. Da diese Fahrten ja auch nicht gerade ein Vergnügen sind, so ergibt das 8 + 2 = 10 Stunden. Außerdem tut einem in Brasilien kein Mensch etwas zuleide, wenn man sich um 5 oder 10 Minuten verspätet. Im Gegenteil, es geht alles mit der größten Ruhe vor sich. Es dürfte das Wort Paciencia nicht unbekannt sein, das dort in aller Munde ist.

Überall gibt es schwarze und weiße Schafe, Intelligente und Dumme. So auch hier. Auch bei den primitivsten Völkern (den Guarany und Saramacas) habe ich oft die Gelegenheit gehabt, zu bewundern, mit welchem erstaunlichen Geschick sie ihre Aufgaben zu erledigen wußten. Gewiß gibt es Leute, denen absolut nichts beizubringen ist. Der Durchschnitt der Brasilianer ist aber intelligent. Was der Mann in der Metallarbeiter-Zeitung über das Ungeziefer schreibt, darüber bin ich sprachlos. Kennt der Schreiber keinen Mosquitoiro? Ich kann von mir behaupten, daß ich fast alle Stufen des Einwanderers mitgemacht habe, trotzdem aber in der ganzen Zeit nur vier Erdflöhe hatte. Kann man hier in Berlin nicht auch mal als Fremder Wanzen erben? Gewiß ist der Klimaanschlag unangenehm, doch tritt diese Unannehmlichkeit nicht bei allen Personen auf. Ja, es gibt Leute, die von der Akklimatisierung überhaupt nichts merken. Wenn der Schreiber des Aufsatzes in der MZ sagt: Zurück, zurück! so hat er recht damit. Er zeigt, daß er das Land nicht verstanden hat und nicht verstehen wollte.

Schließlich kann auch Brasilien heute keine hohen Löhne zahlen, zumal doch die Großhandelspreise für Rohprodukte, die das Land in der Hauptsache herstellt, außerordentlich niedrig ja, es kommen noch nicht einmal die Produktionskosten heraus. Leben wir denn hier in Deutschland besser? Ich bezweifle es ganz entschieden. Ich finde es sehr undankbar, daß ein Mann, der die Gastfreundschaft dieses Landes genießt, nicht ein einziges gutes Wort dafür hat. Schließlich ist auch in Deutschland nicht alles Gold, was glänzt. Eben deswegen bitte ich, auch meine Entgegnung aufzunehmen.

Felix Lehmann.

An die Gewerkschaftsmitglieder

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet sich dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft. Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur gute, vollgewichtige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitnehmern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die fürchterliche Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die privatwirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzmälern durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muß auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaft der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen und Bekleidung in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

Jeder Gewerkschafter sollte Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein.

Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist mit Kosten nicht verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
- Allgemeiner freier Angestelltenbund
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Um die Arbeitslosenunterstützung

Von der Arbeitslosenversicherung hat die Papen-Notverordnung und die Verordnung des Reichsarbeitsministers Schäffer vom 16. Juni 1932 nur noch die Beitragszahlung und die Zahlung der Hauptunterstützung für die ersten sechs Wochen der Arbeitslosigkeit übrig gelassen. Schon mit der 7. Woche der Arbeitslosigkeit wird die Hilfsbedürftigkeit des Unterstützungsempfängers geprüft. Es scheiden dann je nach der Auffassung der Fürsorgeämter, besonders aber der Landbürgermeister, über die Hilfsbedürftigkeit eine Anzahl von Unterstützungsempfängern vollständig aus.

Die Landesarbeitsämter haben an die Arbeitsämter die Weisung ausgegeben, daß auch der Hauptunterstützungsempfänger, dessen Hilfsbedürftigkeit anerkannt wurde, von der 7. Woche an nur mehr eine Unterstützung in Höhe der Wohlfahrtsfürsorgesätze erhält. Diese Anordnung ist jedoch weder in der Notverordnung noch in einer anderen Verordnung zu finden. Die Anweisungen der Landesarbeitsämter haben somit der Arbeitslosenversicherung den letzten Rest des Versicherungscharakters genommen und sie nahezu vollständig in das Fürsorgewesen überführt.

Bei Bezug der Krisenunterstützung muß die Hilfsbedürftigkeit erneut geprüft werden. Bei der Feststellung der Hilfsbedürftigkeit sind die Arbeitsämter und Spruchausschüsse an die Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinde gebunden. Die Ablehnung der Hilfsbedürftigkeit bringt den Entzug der Krisenunterstützung. Teilweise Unterstützung wird nur dann gewährt, wenn das Einkommen des Unterstützungsempfängers die gemeindlichen oder bezirklichen Wohlfahrtsunterstützungssätze nicht erreicht. Hat jedoch die Gemeinde die Hilfsbedürftigkeit befürwortet, so kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes die Unterstützung dann trotzdem noch ablehnen. Gegen die Festsetzung der Höhe oder die Ablehnung der Unterstützung kann nach wie vor binnen 14 Tagen seit Bekanntgabe Einspruch beim Spruchausschuß eingelegt werden. Gegen die Ablehnung der Hilfsbedürftigkeit durch ein Fürsorgeamt oder den ländlichen Gemeindeverband ist ebenfalls binnen 14 Tagen der Einspruch zum Spruchausschuß des städtischen Fürsorgeamtes oder bei ländlichen Gemeinden beim Spruchausschuß des Bezirksfürsorgeamtes zulässig. Viele Arbeitsämter lassen den beim Arbeitsamt getätigten Einspruch auch als Einspruch gegen die Fürsorgeverbände gelten und leiten diesen zur erneuten Entscheidung dem Fürsorgeamt zu. Wird somit die Hilfsbedürftigkeit abgelehnt, dann trägt in den meisten Fällen nicht das Arbeitsamt, sondern der Gemeindeverband oder das Fürsorgeamt die Verantwortung.

Bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit verfahren viele Gemeinden allzu engherzig. Sie belasten mit dieser ihrer Engherzigkeit nur die eigenen Gemeindefinanzen, denn zuletzt fällt der Hilfsbedürftige doch wieder dem Wohlfahrtsamt der Gemeinde zur Last.

Bei Prüfung der Bedürftigkeit müßten alle Gemeinden und Fürsorgeämter die gemäß § 15 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge geltenden Bestimmungen für die Klein- und Sozialrentner und damit alle Kriegsbeschädigten, die Renten beziehen, auch auf die allgemeine Fürsorgeunterstützung anwenden.

Besonders bei den Einkommen aus Haus- und Grundbesitz ist Vorsicht am Platze und rechtzeitiger Einspruch bei den zuständigen Stellen notwendig, wenn etwa Einkommen aus Miete oder Eigenmietzins auf die Unterstützung angerechnet wird. Die Einkommenshöhen sind größtenteils mit Zinszahlungen, Umlagen und sonstigen Abgaben so stark belastet, daß der Unterstützungsempfänger und Hausbesitzer vielfach eine höhere Miete in seinem eigenen Hause zahlen muß, als wie wenn er Mieter in einer fremden Wohnung wäre. Bei Anrechnung des Verdienstes der Kinder auf die Unterstützung dürfte wohl die Höchstgrenze bei einem Sechstel des Verdienstes sein. Bei den derzeitigen Lohnverhältnissen sind die Verdienste der Kinder so gering, daß diese kaum zur Bestreitung des eigenen Lebensunterhaltes ausreichen. Eine bestimmte Grenze, zum Beispiel 12 bis 15 M die Woche, sollte bei der Anrechnung des Kinderinkommens überhaupt frei bleiben.

Recht unverständlich sind auch die Fürsorgeentsätze. So kommt es vor, daß Unterstützungsempfänger in einem Hause, das zur Landgemeinde gehört, in der Woche 3 bis 4 M weniger an Unterstützung erhalten, als jene Arbeitslosen im nebenstehenden Hause, das zur Stadt zählt. Bei der Berechnung der Hilfsbedürftigkeit haben besonders die Bürgermeister der ländlichen Gemeinden übersehen, daß neben der geldlichen Unterstützung auch jene Beträge, die für Sachleistungen gewährt werden, den Arbeitsämtern mitgeteilt werden. Im Erlaß über die Krisenfürsorge vom 17. Juni 1932 ist festgelegt:

Die Unterstützung darf den Betrag nicht übersteigen, den der Arbeitslose unter Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in der öffentlichen Fürsorge erhalten hätte.

Würde also die Zuwendung für Brennmaterial, Lebensmittel, Kleidung, Mietzuschüsse usw. nicht zur geldlichen Unterstützung

hinzugezählt, so wären die Krisenunterstützungsempfänger wesentlich schlechter gestellt, als wenn sie von den Fürsorgestellen unterstützt werden.

Die Kriegsbeschädigten, Sozial- und Kleinrentner sowie die Kriegshinterbliebenen, die Renten beziehen, sind in die gehobene Fürsorge einzureihen (§ 20 der Reichsgrundsätze). Sie haben damit höhere Unterstützungssätze als jene, die in der allgemeinen Fürsorge berechnet werden. Die Leichtbeschädigten haben Anspruch auf die gehobene Fürsorge.

Jene Gemeinden und Fürsorgeverbände, die ihre Fürsorgeunterstützungssätze in falscher Sparsamkeit unter den Durchschnitt gesenkt haben, schädigten nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Geschäftsleute und die eigene Gemeinde. Zur Zeit liegen bei den Fürsorgeämtern Tausende von Gesuchen um Mietzuschüsse. Die Hausbesitzer bestürmen die Gemeinden und Regierungsstellen, ihnen zu helfen, weil der übergroße Teil der Unterstützungsempfänger infolge der Kürzungen nicht mehr in der Lage ist, die Mieten zu bezahlen. Die Hausbesitzer drohen, keine Steuern und Abgaben zu bezahlen, wenn sie keine Mieteinnahmen haben.

Nahezu 1500 Fürsorgeämter und damit auch verschiedene Unterstützungsrichtsätze sind in Deutschland vorhanden. Viele Arbeitsämter haben mit mehreren Dutzend von Unterstützungsrichtsätzen zu rechnen.

So wollten es die Herren um Hitler und Papen haben. Kein Mensch findet sich mehr in diesem Unterstützungswirrwarr zurecht. Das ist die Arbeit der „Konzentrationsregierung“.

Chr. E.

Nochmals Hilfsbedürftigkeitsprüfung

In unserer Zeitung wurde in der Nr. 31 die Frage der Hilfsbedürftigkeitsprüfung bei Arbeitslosen besprochen. Bei der Behandlung ist aber auf die Vermögensverwertung nicht näher eingegangen worden. Aus dem dort angeführten § 8 der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge geht hervor, daß die Leistungen von der Verwertung des gesamten Vermögens abhängig gemacht werden. Dies trifft im vollen Umfang auf die Wohlfahrtsunterstützten zu, nicht aber auf Alu- und Kru-Empfänger. In dem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 17. Juni 1932 Teil 2 Absatz 1 (abgedruckt im Reichsarbeitsblatt Nr. 18, amtlicher Teil, Seite 114) ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der § 15 der Reichsgrundsätze bei der Hilfsbedürftigkeitsprüfung für Alu und Kru anzuwenden sei. Die Erleichterungen dieses Paragraphen fanden bisher nur für die Sozialrentner und Kleinrentner Anwendung. Der Paragraph enthält folgende Bestimmung:

Die Fürsorge darf bei Kleinrentnern nicht abhängig gemacht werden vom Verbrauch oder der Verwertung

- eines kleineren Vermögens,
- eines angemessenen Hausrats, wobei die bisherigen Lebensverhältnisse des Hilfsbedürftigen zu berücksichtigen sind,
- von Familien- und Erbstücken, deren Entäußerung den Hilfsbedürftigen hart treffen würde, oder deren Verkehrswert außer Verhältnis zu dem Wert steht, den sie für den Hilfsbedürftigen oder seine Familie haben,
- (unwichtig),
- eines kleinen Hausgrundstücks, das der Hilfsbedürftige allein oder zusammen mit bedürftigen Angehörigen, denen es nach seinem Tode weiter als Wohnung dienen soll, ganz oder zum größten Teil bewohnt.

Der Verbrauch oder die Verwertung sonstigen Vermögens darf nur verlangt werden, wenn dies keine besondere Härte für den Hilfsbedürftigen oder seine unterhaltsberechtigten Angehörigen bedeutet.

Danach ist es ausgeschlossen, die Hilfsbedürftigkeit abzulehnen oder nicht in vollem Umfang anzuerkennen, wenn ein Arbeitsloser ein Sparguthaben von 100 bis 200 M besitzt. Häufiger wird es aber vorkommen — vor allem auf dem Lande —, daß unsere Kollegen ein kleines Hausgrundstück besitzen. Wie aus dem Paragraphen deutlich hervorgeht, kann weder eine hypothekarische Belastung noch eine Veräußerung verlangt werden, ehe die Unterstützung gewährt wird.

Die Bezirksfürsorgeverbände, die im Auftrage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung die Hilfsbedürftigkeitsprüfung vornehmen, wenden im allgemeinen den § 15 nicht an. Es wird unsere Aufgabe sein, den Behörden begrifflich zu machen, daß sie die Prüfung für Alu und Kru nach dem Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vorzunehmen haben.

Fred Böhme.

Die Ortskrankenkassen im Jahre 1931

Der Hauptverband deutscher Krankenkassen veröffentlicht soeben sein Jahrbuch der Krankenversicherung für 1931. Dem genannten Verbands waren am Schlusse des Berichtsjahres 1596 Krankenkassen mit 11 378 257 Versicherten angeschlossen. Insgesamt wurden am Schlusse des Jahres etwa 18 Millionen Mitglieder reichsgesetzlicher Krankenkassen gezählt. Der Hauptverband umfaßt demnach weit über die Hälfte aller vorhandenen Kassenmitglieder.

Der durchschnittliche Beitragssatz der Kassen betrug zu Beginn des Jahres 5,86 vH des Grundlohnes, am Ende des Jahres war er auf 5,91 vH gestiegen. Der niedrigste Beitragssatz betrug 3 vH, der höchste 8,1 vH des Grundlohnes. Auf je 100 Mitglieder entfielen 122,04 Fälle mit ärztlicher Behandlung, 45,39 Fälle von Zahnbehandlung, 36,94 Fälle mit Arbeitsunfähigkeit und 6,72 Fälle mit Krankenhauspflege. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle um 12,6 vH vermindert, die Zahl der Krankenhauspflegefälle um 3,7 vH, die Zahl der Kurpflegefälle um 12,4 vH. Die Zahl der Betriebsfälle ist bei den beteiligten Kassen um weitere 26 vH gesunken.

Es lassen sich aus diesen Zahlen jedoch schlecht Schlüsse auf den Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung ziehen. Auf je 100 Mitglieder kommen 878 Tage, für die Krankengeld gezahlt wurde. Hierzu kommen jedoch noch die Tage mit Arbeitsunfähigkeit, in denen Krankenhauspflege usw. gewährt wurde oder für die infolge Weiterzahlung des Arbeitsentgeltes kein Krankengeld gezahlt zu werden brauchte. Insgesamt kommen auf 100 Mitglieder 1078 Unterstützungstage. Für die einzelnen Arten der Mitglieder ist diese Zahl jedoch verschieden. Es entfallen auf je 100

männliche versicherungspflichtige Mitglieder	1051 Tage
männliche freiwillige Mitglieder	940
weibliche versicherungspflichtige Mitglieder	1136
weibliche freiwillige Mitglieder	1161

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß die weiblichen versicherungsberechtigten Mitglieder die Kassen am meisten belasten. Auf einen Krankheitsfall kommen im Durchschnitt 29,2 Unterstützungstage. Auch hier stehen die weiblichen freiwilligen Mitglieder mit 36,8 Tagen je Fall an der Spitze, während bei den männlichen versicherungspflichtigen Mitgliedern nur 27,7 Tage auf einen Krankheitsfall kommen.

In der Familienhilfe kommen auf 100 Mitglieder 43,76 Fälle mit ärztlicher Behandlung, 11,21 Fälle von Zahnbehandlung, 2,06 Fälle von Krankenhauspflege und 0,19 Fälle von Kurpflege.

Interessant sind gerade heute in den Zeiten der lebhaftesten Kritik an der Krankenversicherung die Angaben über die Ein-

nahmen und Ausgaben der Kassen. Auf ein Mitglied entfällt im Durchschnitt eine jährliche Beitragseinnahme von 71,84 M, zu der noch 78 Pf. an Gebühren für Krankenscheine kommen. Es kommen hierzu noch verschiedene sonstige Einnahmen, so daß sich für ein Mitglied eine durchschnittliche Jahreseinnahme von 74,91 M ergibt.

Unter der Krankenhilfe für Mitglieder, die selbstverständlich die Hauptausgabe dem Zweck der Krankenversicherung entsprechend darstellt, stehen die Unkosten für ärztliche Behandlung an hervorragender Stelle. Es entfallen hiervon auf ein Mitglied 12,73 M. An Krankengeld entfällt auf ein Mitglied 18,78 M. Von Jahr zu Jahr steigt die Ausgabe an Krankenhauspflege, die im Berichtsjahr auf einen Versicherten eine Ausgabe von 10,50 M verursacht hat. Ein bezeichnendes Licht auf die schlechte Lage der Krankenversicherung wirft die Tatsache, daß die an der Statistik beteiligten 1374 Kassen bei ihrem Jahresabschluß einen Fehlbetrag von insgesamt 31 914 920 M aufweisen.

Kl.—s.

Schriftenschau

Götter stürzen. Roman von Felix Scherret. 224 Seiten. 1932. Kartoniert 2 M, Ganzleinen 2,80 M. Urania-Freidenker-Verlag GmbH, Jena. — Der Verfasser dieses Freidenkerromans gibt einen kleinen Ausschnitt aus dem Zeitgeschehen. Wir sehen Deutschland unter einer nationalen Regierung, deren Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen gegen die Arbeiterklasse von Kapitalismus, Kirche und Reaktion gedeckt werden. Der fortschrittlich gesinnte, aber bürgerliche Studienrat Werner Gille wird einzig und allein aus dem Grunde entlassen, weil er seinen Schülern die verschiedenen Weltbilder recht anschaulich machen will und dabei erklärt, daß der Himmel wie eine Käseglocke über der Erde ruhe. In diesem Vergleich erblickt man eine Verächtlichmachung des Himmels. Die Nazirüpel können sich alles erlauben; sie verhöhnen ungestraft die Republik, während Freidenkerversammlungen nicht stattfinden dürfen. An der Arbeitslosenunterstützung wird gespart; aber für überflüssige Dinge wirft man mit vollen Händen Geld auf die Straße. Werner Gille, der in keiner Arbeitergemeinschaft Anschluß finden konnte, gibt endlich jede Zurückhaltung auf, er wird ein Teil der Masse. Ungeheure Wirtschaftszusammenbrüche erschüttern schließlich den Glauben an die nationale Regierung. Das Buch ist lebendig und eindrucksvoll.

Ruco.

Zwischen den Zeilen des Wirtschaftsteils der Zeitung. Grundlagen zur eigenen Urteilsbildung über die Wirtschaftslage. Von Dr. Julius Greifzu. Kartoniert 2,80 M. Hansatische Verlagsanstalt, Hamburg 36. Der Verfasser hat in lebendiger und gut verständlicher Weise, mit umfassendem Fachwissen und vollendeter Übersichtlichkeit vorgetragen, was der strebsame Arbeiter zum Verständnis wirtschaftlicher Probleme braucht.

Arbeitsrecht. Von Dr. Georg Hoeniger. 19. neu bearbeitete Auflage. Preis 8 M. Verlag J. Bensheimer, Mannheim. Diese Textsammlung ist anerkannt gut und auf den neuesten Stand der Gesetzgebung gebracht. Bei der häufigen Gesetzänderung ist dieser aus der Praxis entstandene Führer sehr notwendig.

Fenster aus Holz und Metall. Von Adolf G. Schneck. Konstruktion und Maueranschlag. Ein Überblick über das Gesamtgebiet in maßstäblichen Rissen und Schnitten und 145 Fotografien. Preis 14 M. Verlag Julius Hoffmann, Stuttgart. An Hand dieser Unterlagen läßt sich jedes Fenster, auch jede neue Kombination und Abwandlung, ohne weiteres genau beurteilen und, nach Einarbeitung in den Entwurf, in seiner Ausführung nachprüfen. Das Buch ist ohne jeden Reklameeinfluß entstanden, doch sind alle ausführenden Firmen und Architekten sowie die Bauten und Baubeschläge angegeben.

60 Jahre Lederarbeiter-Verband. Denkschrift zu dem am 2. August stattfindenden Gründungsjubiläum. Verlag H. Mahler, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 18.

Arbeitsanfrage

WERBUNG
WURZBURG

ESU-Betten

Wir liefern an jedermann

ALLES BILLIGER!

Kauft bei den Inserenten unsres Blattes

Tuche

ab Damenstoffe Fabrik

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gutfüllende Sorten

Fabrik

Verlang. Sie sofort Muster

Großer Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund große, gute, geschlossene Bettfedern 60 Pfg. bessere Qualität 60 Pfg. halbweiße, flammige 1 M, 1 M 20; weiße, flammige, geschlossene 1 M 50, 1 M 80, 2 M 50, feinste, geschlossene Halbflaum Herrschaftsfedern 3 M, 4 M, 5 M. Ruffeder, ungechlitten, mit Flamm geschütz, halbweiß 1 M 35, weiß 1 M 55, weißer, allerfeinster Flaumrapp 1 M 25, 3 M 25, 4 M 25. Muster u. Preislisten, Versand jeder Menge 20 Pfund gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an nach postfrei. Nichtpassend wird umgetauscht od. Geld zur. S. BENSCH in PRAG XII., AMERICA ULICE NR. 68, BÖHMEN.

Verlang. Sie sofort Muster

Lehmman & Assmy
Altestes Tuchverwandhaus
mit eigener Fabrikation.
Spremberg (Lausitz) 6